

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.
Redaktion und Verwaltung: Drag II., Refúzanta 18. • Zripbon: 20705, 31460. • (Nachredaktion): 26797 • Doffordamt: 57544

13. Jahrgang.

Donnerstag, 26. Jänner 1933

Nr. 22.

Exposee des Genossen Dr. Czeh:

Maßloses Elend gilt es zu lindern!

Vor neuen großen Aufgaben im Kampf gegen Hunger und Krisennot.

Man weiß seit Jahren, daß die Erpöses des Ministers für soziale Fürsorge, Genosse Dr. Czeh, zu den interessantesten und informativsten aller Ministererpöses gehören. So hat auch gestern der Fürsorgeminister in seinen Darlegungen eine instruktive Darstellung der Lage der wirtschaftlich schwächeren Schichten der Bevölkerung und der Bemühungen des Ministeriums gegeben, in dieser Zeit der Not den Menschen zu helfen. Ausgegangen ist der Minister von dem Kardinalproblem der Arbeitslosigkeit und hat dargelegt, daß es vor allem Pflicht des Staates ist, durch Arbeitsbeschaffung einzugreifen. Wie schwer die Überwindung der Arbeitslosigkeit ist, zeigte Genosse Dr. Czeh daran, daß trotz der Krise die Nationalisierung, das heißt die Verdrängung der menschlichen Arbeitskraft durch die mechanische, fortschreitet, und daß wir bereits auch in der Tschechoslowakei das Beispiel einer Fabrik vorzeichnen können, die überhaupt ohne menschliche Arbeitskraft auskommt.

Gegen diese Nationalisierung gibt es keine andere Abhilfe, als die Verkürzung der Arbeitszeit, eine Forderung, die, wie der Minister mit Recht behauptete, grundsätzlich an Boden gewinnt. Sehr bemerkenswert waren auch die Ausführungen des Ministers über die Arbeitslosenstatistik. Die Behauptungen, daß die Zahl der Arbeitslosen kleiner sei als die Statistik uns sie bekannt gibt, widerlegte der Minister schlagend und wies nach, daß im Gegenteil die Anzahl der Arbeitslosen größer sei, als den statistischen Angaben entspreche.

Nach den Ausführungen des Ministers betragen die Ausgaben für Arbeitslosenfürsorge im vergangenen Jahr über 813 Millionen Kronen; trotz der Größe dieser Ausgaben bezeichnete Genosse Dr. Czeh die Arbeitslosenfürsorge noch immer als unzureichend und forderte daher nochmals nachdrücklich die Schaffung des vom Ministerium beantragten Notfonds.

Auch abgesehen von der Arbeitslosenfürsorge gibt es für das Ministerium bedeutende Aufgaben. So die Wohnnot- und Fürsorge. Interessant war die Feststellung des Ministers, daß etwa die Hälfte der Wohnungen noch unter Mieterschutz stehe und daß von diesen letzteren über 87 Prozent Wohnungen bis zu zwei Zimmern, also von ärmeren Bevölkerungsschichten bewohnt sind. Noch immer besteht Wohnungsnot und deswegen ist die Bauförderung notwendig. Es ist Pflicht der Gesetzgebung, das neue Wohnungsgesetz zu schaffen.

Daneben erörterte der Minister noch eine Reihe von sozialen Aufgaben seines Ressorts — wir heben nur das neue Lehrlingsgesetz hervor. Alle diese Aufgaben des Ministeriums für soziale Fürsorge haben, wie der Minister sagte, das Ziel, dem arbeitenden Menschen zu dienen und für ihn den Weg zu einer besseren Zeit freizulegen, die ihm ein menschenwürdiges Dasein sichert und ihn in sein volles Recht einsetzen soll.

Das Erpöse des Ministers wurde so zu einer Mahnung an die Gesetzgebung und an alle Parteien, ihre Pflicht gegenüber den Kernjungen der Armen in diesem harten Krisenwinter zu tun!

Genosse Dr. Czeh führte u. a. an:

Krise und Massenarbeitslosigkeit.

Im September des Vorjahres habe ich hier im sozialpolitischen Ausschusse die wirtschaftliche Lage des Staates und ihre Auswirkungen auf die dem Schutzbereich des Fürsorgeministeriums anvertrauten arbeitenden Schichten in erschöpfender Weise erörtert. Das Programm, das ich in diesem Zusammenhang entwarf, gliederte sich in drei Kardinalforderungen: in der Arbeitsbeschaffung, in der Verkürzung der Arbeitszeit und in der gesetzlichen Regelung des Arbeitsmarktes. Seitdem haben die Verhältnisse innerhalb der industriellen und agrarischen Produktion eine ganz außerordentliche Verschlechterung erfahren und zu einer weiteren und sehr gewaltigen Schrumpfung der Wirtschaft geführt, die in einem bisher noch nie dagewesenen Anstieg der Arbeitslosenziffer per 749.870 ihren Ausdruck findet.

Gegenüber dem Vormonat ergibt dies eine Steigerung der Arbeitslosenzahl um rund 22 Prozent und gegenüber dem Monate Dezember 1929 eine Zunahme der Arbeitslosigkeit um das 14fache der damaligen Arbeitslosenziffer!

Zur Charakterisierung der Situation genügt, wenn wir feststellen, daß heute bereits 70 Prozent aller in der Glas- und Porzellanindustrie beschäftigten Arbeiter zum Teil verurteilt sind, daß die Eisen- und Maschinenindustrie ihre Betriebe nur mit einem beschränkten Arbeitsstande und nur in Ausnahmefällen aufrechtzuerhalten vermag und daß die Textilindustrie gewisser Gebiete und Zweige fast vollständig lahmgelegt ist. Dasselbe Erscheinungen bestehen auch in der Konfektions- und der chemischen Industrie, im Bau- und graphischen Gewerbe und treffen naturgemäß auch das Klein- und Hand- und in gleicher Schwere das Gewerbe.

Wenn daher der Ruf des Fürsorgeministeriums nach zielbewusstem und entschlossenem Eingreifen schon in den Sommermonaten des vorjährigen Jahres berechtigt gewesen ist, wie erst in dieser Stunde!

Planmäßige Arbeitsbeschaffung.

Nach wie vor hält daher das Fürsorgeministerium die rascheste Arbeitsbeschaffung für das wichtigste Gebot der Stunde.

Aufgebaut auf einem Wirtschaftsplan, welcher organisch in den ganzen Produktionsprozeß eingegliedert und den Notwendigkeiten aller in Mitleidenschaft gezogenen Gebiete und Produktionszweige angepaßt werden muß, vermag die Wiederbelebung der Investitionstätigkeit, die Ermöglichung der produktiven Arbeitslosenfürsorge, die Wiedererweckung der Konsumtion eine wesentliche Entpannung der kritischen Wirtschaftslage herbeizuführen.

Zelbstredend kann die Arbeitsbeschaffung, auch wenn sie sich in noch so großartigem Ausmaße bewegt, nicht Wunder wirken, solange eine Umorientierung, ein Umbau unserer Wirtschaft nicht Platz greift, aber sie kann ein großes Stück des wirtschaftlichen Notstands abbürden und einer zumindest teilweise Normalisierung der Wirtschaft die Wege ebnen. Sie vermag das um so sicherer,

insbesondere im Zusammenhang mit der Verkürzung der Arbeitszeit, ohne die es keinen anderen Ausweg gibt. Denn darüber gibt es heute keinen Zweifel mehr, daß wir auch in Zeiten des höchsten Konjunkturaufschwunges dauernd mit einem großen Arbeitslosenheer rechnen müssen.

wenn es uns nicht durch resolute Maßnahmen gelingt, die durch die Rationalisierung überschüssig gewordenen Teile der Arbeiterschaft wieder in die Wirtschaft einzufügen.

Denn die Technisierung und Oekonomisierung der Industrie hat in den letzten Jahren reichende Fortschritte gemacht, und ist — so unglaublich dies auch klingen mag — auch in den beiden letzten Kriegsjahren nicht zum Stillstand gekommen.

Zur Illustration führe Genosse Dr. Czeh einige packende Beispiele aus den ungeschätzten Rationalisierungsmaßnahmen vor, über die der demnächst erscheinende Bericht der Gewerkschaften

berichtet. (Wir bringen diesen Teil der Ausführungen des Ministers an anderer Stelle.)

Die Frage, die wir uns nun stellen müssen, ist: Was soll mit allen diesen Arbeitsmenschengesehnen, die — selbst wenn sich die Konjunkturbedingungen noch so günstig gestalten sollten — niemals mehr zu ihren Arbeitsplätzen zurückkehren können?

40-Stundenwoche.

Das Fürsorgeministerium war sich schon längst der Auswirkungen des immer weiter um sich greifenden Rationalisierungsprozesses klar bewußt. Schon im Oktober 1931 hat es seinen Antrag auf Einführung der 40-Stundenwoche eingebracht, bei dem es vor allem das Schicksal der nach Hunderttausenden zählenden Rationalisierungsoffer im Auge hatte.

Durch eine Senkung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden, wofür rund um 17 Prozent, wäre auch für die ohne ihre Verschulden und nur durch die technische Verbesserung der Produktionsbedingungen und die gewaltige Steigerung der Leistungsfähigkeit der Produktion aus der Arbeit geschleuderten Menschen neuer Lebensraum geschaffen!

Im Zeitpunkt, in welchem der Gesetzentwurf über die 40-Stundenwoche überreicht wurde, gab es nach den amtlichen Feststellungen 228.351 Arbeitslose, das waren rund 19 Prozent des Arbeiterstandes.

Wenn in diesem Zeitpunkt zu jenen Maßnahmen gegriffen worden wäre, die die Vorlage über die 40-Stundenwoche im Auge hat, dann hätte der größte Teil dieser Arbeitslosen untergebracht, und Hunderttausenden von Familien die Pein des Arbeitslosenlebens, aber auch dem Staate die schweren finanziellen Opfer erspart werden können!

Wenn wir daher heute der raschen Verwirklichung der 40-Stundenwoche vehement das Wort reden, so geschieht es nicht nur aus sozialpolitischen Erwägungen, sondern auch aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen.

Internationale Arbeitskonferenz.

Kur so wird es verständlich, daß die Idee der Verkürzung der Arbeitszeit grundsätzlich und täglich an Boden gewinnt und daß bei der gegenwärtigen internationalen Konferenz in Genf nicht nur die Arbeitervertreter, sondern auch die Vertreter von 20 Staaten sich für die Konvention der Arbeitszeitverkürzung ausgesprochen haben. Kur so wird man es verstehen, daß die 40-Stundenwoche in Amerika vielfach bereits in die Tat umgesetzt wurde, ohne daß erst die gesetzliche Regelung abgewartet wurde.

Regelung des Arbeitsmarktes.

Nicht minder dringlich ist aber auch die Frage der Regelung des Arbeitsmarktes. Im Jänner 1931 hat das Fürsorgeministerium die Vorlage über die Arbeitsvermittlung überreicht. Es gibt kaum noch irgend jemanden, dem man erst klar machen müßte, welche Bedeutung gerade in der heutigen Zeit dieser Vorlage und insbesondere der öffentlichen Regelung des Arbeitsmarktes, der obligatorischen Meldung und der Sicherung der Arbeitsplätze für die Bedürftigten unter den Arbeitslosen, aber auch den Vorkehrungen gegen willkürliche Betriebsentlassungen zukommt und vor allem wie notwendig es scheint, die genannten Ziffern der Arbeitslosen zu ermitteln und so eine

unumstrittene Grundlage für die gesetzlichen und freiwilligen Fürsorgeaktionen des Staates zu schaffen. Darum muß jetzt alles daran gesetzt werden, um der raschen parlamentarischen Verabschiedung dieser unaufschiebbar erscheinenden Vorlage die Wege zu ebnen!

(Schluß auf Seite 2)

Der zweite Fünfjahrplan.

Am 31. Dezember 1932 endete der erste Fünfjahrplan der Sowjetunion, am 1. Jänner 1933 ist Rußland in die Epoche des zweiten Fünfjahrplanes eingetreten.

Der erste Fünfjahrplan hat der Sowjetrepublik zweifellos große Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet gebracht. Hat die Neue Wirtschaftspolitik (1921 bis 1928) die russische Industrie und Landwirtschaft aus den katastrophalen Verhältnissen der Bürgerkriegsperiode auf die Höhe der Vorkriegszeit gebracht, so haben sich während des ersten Fünfjahrplans (1928 bis 1932) die Produktionskräfte des Landes weit über das Niveau von 1913 hinausentwickelt.

Allerdings ist der Fortschritt nicht auf allen Gebieten gleichmäßig. Die größten Erfolge des ersten Fünfjahrplanes liegen auf dem Gebiete der Schwerindustrie. Hier wurden die Planziffern nicht nur erreicht, sondern weit überschritten, gewaltige Industriewerke wurden geschaffen, die zu den größten der Welt gehören. Weit geringer sind die Erfolge auf dem Gebiete der Leichtindustrie oder vielmehr der Industrie der Gebrauchsgüter. Es ist gar kein Zweifel, daß die in dieser Hinsicht gegebenen Erwartungen der Arbeitermassen der UdSSR nicht in Erfüllung gegangen sind und daß der Warenmangel der russischen Bevölkerung, ihr Bedürfnis nach Kleidern und Schuhen bei weitem nicht befriedigt werden konnte. Dazu kommen noch zwei Hauptmängel, welche die Schwerindustrie genau so aufweist wie die Leichtindustrie. Mängel, die von den russischen Kommunisten gar nicht geleugnet werden: die schlechte Qualität der Produkte und die hohen Produktionskosten, also die geringe Schulung der russischen Arbeiter und die geringe Produktivität der russischen Arbeit. Hier bestehen für die russische Industrie noch große Aufgaben. Noch ist diese Industrie nicht im Stande, den russischen Arbeitern Waren von solcher Qualität und zu solchen Preisen zu liefern wie in Westeuropa.

Auch die Entwicklung der Landwirtschaft seit dem 1. Oktober 1928, dem Tage des Inkrafttretens des ersten Fünfjahrplanes, ist nicht so günstig vor sich gegangen, als es nach den Planziffern gedacht war. Wohl ist der Ernteertrag (das erstmalig im zweiten Jahre des Planjahrhunderts) über denjenigen des letzten Vorkriegsjahres (1913) hinausgegangen, erreicht aber wurden die Planziffern in keinem Jahre. In den Jahren 1931 und 1932 waren die Ernteerträge besonders gering. Sehr mangelhaft war die Getreideablieferung, nicht nur seitens der Einzelwirtschaften, sondern auch seitens der Kolchosbauern, so daß sich Stalin genötigt sah, im Sommer 1932 eine Reihe von Verordnungen zu erlassen, durch welche die Kollektivbewirtschaftung gelodert, die Zwangscollectivierung von Vieh stark eingeschränkt und ein Teil der geernteten Getreidemenge zum freien Verkauf freigegeben wurde. So hat also die Bevölkerung Rußlands nicht nur zu wenig industrielle Konsumtionsartikel, sondern auch zu wenig Nahrungsmittel, die Ernährungsfrage der russischen Bevölkerung läßt viel zu wünschen übrig. Die Unzufriedenheit der russischen Arbeiter äußert sich in dem neuerlichen Auftreten von oppositionellen Strömungen in der Russischen Kommunistischen Partei, auf die Stalin mit einer neuen Tschilka d. i. Reinigung der Partei antwortet.

Der zweite Fünfjahrplan nun, über den auf der jüngst stattgefundenen Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sowohl der Generalsekretär der Partei Stalin als auch der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Molotow berichtet haben, sieht keine

derungen in den Grundzügen der russischen Wirtschaftspolitik vor. Der schlechten Ernährungslage der Bevölkerung will man vor dem Durchbruch Rechnung tragen, daß nicht mehr eine Ausdehnung der Ackerfläche geplant, sondern beachtet wird, die Intensivität des Bodenaubaus zu verstärken und die Ernteerträge zu steigern sowie die Bauern zu stärkerer Getreideablieferung zu bewegen, indem man ihnen den freien Verkauf eines Teiles der Ernte gestattet. Inwieweit diese Bestrebungen Erfolg haben werden, bleibt abzuwarten. Dagegen wird an eine raschere Entwicklung der Konsumindustrie nicht gedacht, so daß eine bessere Befriedigung des Bedürfnisses der Bevölkerung nach Industriewaren nicht zu erhoffen ist. Die Hauptfrage der Sowjetregierung gilt wieder der Schwerindustrie, was zweifellos militärische Gründe hat: Rußland will im Falle eines Krieges über eine eigene, leistungsfähige Rüstungsindustrie verfügen, um dem japanischen Imperialismus nicht wechsellösungsfähig zu sein. Legt aber Rußland das Schwergewicht auf die Produktion von Produktionsmitteln, während die Industrie von

Konsumwaren und die Landwirtschaft in zweite Reihe treten, dann wird die Lebenslage der russischen Arbeiter nicht in bemerkenswerterer Weise gehoben werden können. Das hat Stalin auch in seiner Rede vom 9. Jänner zugegeben. „Selbstverständlich haben wir“, so sagte er, „noch nicht die vollständige Sicherstellung der materiellen Bedürfnisse der Arbeiter und Bauern erreicht und werden diese kaum in den nächsten Jahren erreichen.“ Die russische Arbeiterklasse wird also auch weiter große Opfer für die Industrialisierung des Landes bringen müssen.

So lange aber die Ernährungslage der Bevölkerung nicht besser werden wird, so lange ist an einen Abbau der Diktatur nicht zu denken, so lange kann also der Sozialismus in Rußland nicht Wirklichkeit werden. Denn der Sozialismus ist unvereinbar mit der Diktatur über das Proletariat. Sozialismus ist Selbstbestimmung, Selbstregierung und Selbstverwaltung der Massen. Dieser Zustand ist in Sowjetrußland noch nicht erreicht.

Wohnungszählung vom Jahre 1930 von den 24.139 Wohnungen 12.856 gekürzt, während nur 191 Wohnungen, also 0,79 Prozent der Wohnungen leer gelassen sind.

Das Bürgermeisteramt in Währ. Odrau meldet, daß in Währ. Odrau von 22.715 Mietwohnungen am 16. November 1932 481 Wohnungen frei waren, von denen nur zehn aus einer Wohnfläche, 195 aus Küche und einem Räume, während alle anderen aus zwei und mehr Räumen bestanden haben. Demgegenüber standen in Währ. Odrau zur Zeit der Zählung des Jahres 1930 noch 11.773 Wohnungen unter Mieterschutz.

Notwendigkeit der Wohnbauförderung.

Aus allen Feststellungen ergibt sich, daß wir es noch immer mit einem ganz außerordentlichen Mangel an Wohnungen und vor allem an kleineren Wohnungen zu tun haben, und daß daher die Fortführung der staatlichen Bauförderung geradezu eine der wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten ist. Dabei sehe ich von den Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung durch Bauförderung ganz ab. Diesbezüglich genügt wohl der Hinweis,

daß es dank der Baunovelle des Jahres 1930 gelungen ist, Wohnbauten mit einem Aufwande zu errichten, dessen Lohnanteil allein einen Betrag von 1,25 Milliarden erreicht! Dabei ermöglichte die obengenannte Novelle überdies die Errichtung von 34.043 Wohnungen,

wodurch der Forderung des Wohnungsmarktes nach Kleinwohnungen wenigstens zu einem Teile gestillt werden konnte. Es ist daher eine Fortführung der Baubewegung notwendig. Ein dahin lautender Gesetzesantrag wurde bereits dem Ministerrate überreicht.

Das neue Wohnungsgesetz.

Das Wichtigste ist aber augenblicklich, daß das neue Bau- und Wohnungsgesetz so rasch als möglich der parlamentarischen Erledigung zugeführt wird. Ganz abgesehen davon, daß die in der letzten Mieterschutznovelle festgelegte Frist bereits am 31. März d. J. abläuft und somit zur Bewältigung der großen Gesetzesmaterie nur wenig Zeit zur Verfügung steht, erscheint die Verabschiedung des Wohnungsgesetzes schon deshalb erforderlich, weil von ihm ein neuer Antriebsimpuls zur Wiederbelebung der Baubewegung und vor allem zur Schaffung besserer und billigerer Wohnungsmöglichkeiten für die bedürftigsten Schichten ausgehen soll, wodurch Hand in Hand mit der Herabsetzung des Zinsfußes, auf die die Regierung mit der größten Entschiedenheit lossteuert, und mit einer auf eine namhafte Herabsetzung der Baukosten abzielenden Preispolitik die Lösung des Wohnungsproblems um ein namhaftes Stück vorwärts gebracht werden wird.

Der parlamentarische Wohnungsausschuß wird in kürzester Zeit zusammentreten und wird, wie ich hoffen darf, seine Beratungen mit beschleunigtem Tempo zu Ende führen.

Arbeiterschutz.

Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes mühte das Fürsorgeministerium angesichts der abnormalen Produktionsverhältnisse seine ganze Kraft auf die Ueberwachung der Einhaltung der Arbeiterschutzgesetze und insbesondere des Gesetzes über die Arbeitszeit konzentrierte, wobei es leider nur zu oft bemängelt war einzugreifen, um so den gesetzlichen Zustand herzustellen.

Das Fürsorgeministerium ist wiederholt bemüht gewesen, auch in einer ganzen Reihe von Fragen einzugreifen, die die Arbeitsverhältnisse, die Arbeitszeit, den Lohndruck, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe betreffen. Zahlreiche Verstöße, die in dieser Richtung getroffen wurden, führten eine Forderung der Arbeitsverhältnisse herbei. Soweit in anderen Gewerbezweigen, wie besonders im Gastgewerbe sowie im Bäckergewerbe noch immer ungünstige Arbeitsverhältnisse bestehen, ist das Ministerium eben daran, auch hier mit den Uebelständen aufzuräumen.

Legislatorische Aufgaben.

Selbstverständlich war das Fürsorgeministerium bemüht, die von ihm zum interministeriellen Verfahren überreichten Gesetzesvorlagen über die Arbeitszeit, die Arbeitsvermittlung, die Geltung der Kollektivverträge, die Errichtung einer Gehaltsklasse für die konditionierenden Arbeiter etc. durch Verhandlungen mit den interessierten Ressorts entscheidend zu machen. Der Entwurf der Regierungsverordnung über die Pensionsversicherung der Postbahnen wird nach Befehligung großer Schwierigkeiten nun in Eile verabschiedet werden.

Sozialversicherung.

Während alle anderen Zweige der Sozialversicherung dem Krisenstande zu trotzen vermochten, wurde die Krankenversicherung, deren Helfer bereits durch die im Jahre 1924 durchgeführte lineare Herabsetzung der Versicherungsbeiträge unterfüllt waren, durch eine ganze Reihe aus der Massenarbeitslosigkeit resultierender Einwirkungen in ihren Grundlagen erschüttert. Aus dieser Situation heraus sah sich das Fürsorgeministerium bemüht, die bei der Zentralsozialversicherungsanstalt bestehende Sachkommission mit der Aufgabe zu betrauen, die Lage der Krankenversicherung einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und die notwendigen legislativ-administrativen Vorschläge zur Gesundung der Krankenversicherung zu erlaten. Dabei sollen auch die Fragen der Ausgestaltung der Alters- und

In Reichenberg wurden insgesamt nur 292 leerstehende Wohnungen gemeldet, worunter 90 Wohnflächen, 53 einzimmerige Wohnungen, darunter 50 in alten Häusern befindliche. Die übrigen leerstehenden Wohnungen bestehen durchwegs aus zwei- und mehrzimmrigen Wohnungen. Von den 8693 in Mierzbau untergebrachten Wohnungen stehen noch 4832 unter Mieterschutz. In Gabsburg wurden im Oktober 1932 zusammen 138 leerstehende Wohnungen gezählt. Davon bestehen nur 67 Wohnungen aus Küche und Zimmer. Demgegenüber stehen von den 7365 in Mierzbau untergebrachten Wohnungen noch immer 3650 unter Mieterschutz!

Invalidentversicherung in den Bereich der Verhandlungen der genannten Sachkommission einbezogen werden.

Internationale Gegenseitigkeitsverträge.

Im Verkehre mit den anderen Staaten wurden im zurückliegenden Jahre wiederholt Verhandlungen mit Deutschland, Oesterreich, Polen, der Schweiz und Belgien zwecks Herstellung der Gegenseitigkeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik gepflogen. Mit Deutschland, welches rund 180.000 in Arbeit stehende tschechoslowakische Staatsbürger beherbergt, wurde auf dem Gebiete der Krisenfürsorge eine vollständige Einigung auf der Basis der Gleichstellung unserer Staatsbürger mit den Reichsdeutschen erzielt. Die analogen Verhandlungen mit Oesterreich werden weitergeführt. Auf dem Gebiete der Sozialversicherung ist es bekanntlich bereits vor längerer Zeit zu Abmachungen mit Deutschland und Oesterreich gekommen. In Deutschland wurde der Gegenseitigkeitsvertrag vor einigen Tagen durch den Reichsrat genehmigt. Mit der Ratifizierung des Vertrages durch Oesterreich ist in aller nächster Zeit zu rechnen.

Jugendfürsorge.

Auf dem Gebiete der Jugendfürsorge wurden gerade in dem zurückliegenden Jahre an das Fürsorgeministerium die schwersten Anforderungen gestellt, deren Erfüllung ihm infolge einer namhaften Dröselung der einschlägigen Budgetposten außerordentlich erschwert wurde. Trotzdem hat das Fürsorgeministerium unter Aufbiet aller Kräfte und unter merklicher Mitarbeit der halbstaatlichen Jugendfürsorgeorganisationen sowie der freiwilligen Verbände der Jugendfürsorge das Möglichste unternommen. Auf organisatorischem Gebiete wurden die Fundamente für die Zusammenfassung aller auf dem Gebiete der Jugendfürsorge wirkenden Kräfte zu höheren und dadurch auch schlagkräftigeren Organisationsformen gelegt. Das Ministerium bereitet einen

Gesetzesentwurf über den Verhütungsvortrag.

vor, der das überaus komplizierte Verhütungsvorgang einer Zusammenfassung, den modernen Anforderungen entsprechenden Regelung unterziehen soll. Die Zentralstelle für arbeitende Jugend mit allen ihren Sprengelbezirken hat auch im heurigen Jahre ein reiches Beitragungsgebiet gefunden. Auch heuer wurden vierzig Heimstätten für die arbeitende Jugend eröffnet.

Im kommenden Jahre wird die Bewältigung aller dieser Aufgaben nur möglich sein, wenn die Jugendfürsorge auf feste gesetzliche Grundlage gestellt und finanziell gesichert wird.

Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Das Fürsorgeministerium hat auch im Berichtsjahre der Kriegsbeschädigtenfürsorge eine ganz besondere Bedeutung angedeihen lassen. Die Rötung der Invalidenrenten und die Befreiung aller unter 30 Prozent fallenden Rentenempfänger von der Kriegsbeschädigtensteuer ist ein glücklicher Erfolg!

Die Sorge über die Roteillierung des § 29 des Kriegsbeschädigtengesetzes betreffend die Verlängerung der Frist zum Ansuchen um neuerliche Untersuchung wegen Verschlimmerung des Gesundheitszustandes schwebt trotz aller Anstrengungen des Fürsorgeministeriums noch immer im interministeriellen Verfahren. Aus dem beim Fürsorgeministerium bestehenden Anwaltsfonds sind in den drei zurückliegenden Jahren in 3060 Kostensfällen 20 Kriegswaisen, die die Annahmefrist verläuft haben oder ganz besonders bedürftig sind, einmalige Zuschüsse in der Höhe von 1.161.500 K bewilligt worden.

Zusammenfassung.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Arbeit ein nur annäherndes Bild der großen Arbeit des Fürsorgeministeriums im zurückliegenden Jahre gibt. Er konnte nur die wichtigsten Fragen zum Gegenstande der Betrachtung machen. An der Arbeit des Ministeriums haben vor allem die Beamten und Angestellten ganz besonderen Anteil. Sie haben in den Stunden, in denen an das Fürsorgeministerium ganz außerordentliche Anforderungen gestellt wurden, ihr Bestes geleistet. Ihnen sei von dieser Stelle herzlichster Dank gesagt.

Abstrahiert man von den Einzelheiten der im Berichtsjahre geleisteten großen Arbeit und legt an sie in ihrer Gesamtheit den prüfenden Maßstab an, dann ergibt sich, daß diese Arbeit täglich in Wirklichkeit ein eingeschmertes Ringen, ein unablässiger großer Kampf auf dem Felde der Sozialpolitik gewesen ist, mit dem Ziele, dem arbeitenden Menschen zu dienen und für ihn den Weg zu einer neuen und besseren Zeit freizulegen, die ihm ein menschenwürdiges Dasein sichern und ihn in sein volles Recht einsetzen soll.

Das Fürsorgeministerium sieht im Bewußtsein getrauer Pflicht dem Urteile der parlamentarischen Instanzen entgegen!

Das Exposee des Genossen Dr. Czech.

(Schluß von Seite 1)

Arbeitslosenzählung.

In diesem Zusammenhange verweist das Fürsorgeministerium neuerlich darauf, daß eine amtliche Arbeitslosenzählung entweder auf Grund einer vom Statistischen Staatsamte ausgehenden periodischen amtlichen Zählung oder auf Grund der Ermittlungen der obligatorischen Arbeitslosenversicherung oder aber durch ein amtliches öffentliches Arbeitsvermittlungsgesetz gesichert werden kann.

Den einzigen Stützpunkt bildet gegenwärtig die im Rahmen der allgemeinen Volkszählung am 1. De-

zember 1930 durchgeführte Arbeitslosenzählung, die für diesen Stichtag eine Arbeitslosenziffer von 294.487 feststellte, welche die an dem gleichen Tage von den Arbeitsvermittlungsanstalten ermittelte Arbeitslosenziffer von 155.208 um fast das Doppelte übersteigt.

Daraus ergibt sich in einer jeden Hinsicht abschließender Weise, daß die Arbeitslosenziffer in Wirklichkeit weit höher ist, als sie die Daten der Arbeitsvermittlungämter veranschaulichen, und daß die in der Presse herumgeschwirrenden Behauptungen von einer künstlichen Aufschüpfung der Arbeitslosenziffern jedweder Grundlage entbehren.

Im Vorjahre 813 Millionen für Arbeitslosenfürsorge verwendet!

Der Gesamtaufwand, welchen die staatlichen Fürsorgemaßnahmen erheischen, bezifferte sich für das Jahr 1932 auf 813.334.036 K, von welchen 493.270.256 K auf die gesetzliche Arbeitslosenfürsorge nach dem Genetz System, 225.036.655 K auf die staatliche Ernährungsaktion, 21.165.059 K auf die Mißaktion, 40.794.735 K auf die produktive Arbeitslosenfürsorge, 9.592.599 K auf die Sanierung der Genetz Fonds der Gewerkschaften, 5.249.000 K auf die Weihnachtaktion und 7.750.000 K auf andere Hilfsaktionen entfielen.

Trotz dieses großen finanziellen Aufwandes erscheint die Arbeitslosenfürsorge, gemessen an dem durch die Krise und Arbeitslosigkeit ausgelösten Elende, durchaus unzureichend, was das Fürsorgeministerium auch von dieser Stelle auszusprechen absolut keinen Anstand nimmt. Darum ist es auch ununterbrochen bemüht, die Leistungen der Arbeitslosenfürsorge qualitativ und quantitativ auszugestalten. Zu diesem Behufe trifft es die notwendigen legislativ-administrativen Vorkehrungen, um die Arbeitslosenfürsorge für den Uebergang in normalisierte Verhältnisse auf die Grundlagen der obligatorischen Arbeitslosenversicherung zu stellen.

Das Fürsorgeministerium ist sich aber auch seiner Pflicht bewußt, die Fortführung der Arbeitslosenfürsorge im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Vorschriften sicherzustellen. Neben dem Staate fällt hier die Hauptlast der Verantwortung und Sorge den

Gewerkschaften

zu, an die angesichts der immer mehr anwachsenden Arbeitslosigkeit die schwersten organisatorischen, aber auch finanziellen Anforderungen gestellt werden, so daß sie an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit geraten sind.

Darum bereitet das Fürsorgeministerium Maßnahmen vor, um solchen Gewerkschaftenverbänden das Ueberdauern der Krise und die Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen.

Notfonds.

Das Fürsorgeministerium ist aber auch bemüht, den ausgesetzten, aber auch den gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeitslosen die Ueberwindung der schrecklichsten Opfer, die die jahrelange Arbeitslosigkeit von ihnen erheischt, wenigstens zur Not zu erleichtern. Aus diesem Grunde

hält das Fürsorgeministerium nach wie vor an seinem Antrage auf Einführung des Notfonds fest, der der Arbeitslosenfürsorge den Uebergang von der heutigen Krisenregelung zur Arbeitslosenversicherung ermöglichen soll. Solange der Notfonds nicht erreichbar ist, ist das Fürsorgeministerium unablässig bemüht, eine bessere Totierung der außerordentlichen Fürsorgemaßnahmen zu erlangen.

Heilfürsorge für Arbeitslose.

Das Ministerium hat unter Mitwirkung des Gesundheitsministeriums die Heilfürsorge für Arbeitslose organisiert. Mit der Führung der Aktion wurde eine ministerielle Zentralstelle betraut, deren Exekutive eben daran ist, in den Bezirken Beratungsstellen ins Leben zu rufen, denen die Aufgabe obliegt, den Arbeitslosen ärztliche Hilfe, Medikamente und therapeutische Behelfe unentgeltlich zu vermitteln.

Heimstätten für arbeitslose Jugend.

Auf das Gebiet der Arbeitslosenfürsorge fallen auch die vom Fürsorgeministerium ins Leben gerufenen 40 Heimstätten für die von der Krise betroffene arbeitende Jugend. Den nötigen Sachaufwand für die Heimstätten, die unter der Obhut der Bundeskommissionen für Kinderbeschäftigung stehen, stellen die Gemeinden bei, während das Fürsorgeministerium die Kosten der Verpflegung sowie der Heimstättenführung trägt.

Bau- und Wohnungs-fürsorge.

Die zunehmende Verschlechterung der Lage der arbeitenden Schichten und die dadurch verursachte Senkung der Konsumtionkraft der Bevölkerung macht sich in letzter Zeit auch auf dem Gebiete der Wohnungs-fürsorge in sehr empfindlicher Weise bemerkbar.

Am markantesten ist wohl der durch die Wirtschaftskrisen verursachte Mangel an Mietern auf die kleineren und billigeren Wohnungen.

Die erhöhte Nachfrage nach billigen Wohnungen hatte im Bereiche der Wohnungen, welche dem Mieterschutz nicht unterliegen, sehr wesentliche Verschleibungen im Gefolge; während hier früher Leerwohnungen lediglich bei fünfzimmrigen und größeren Wohnungen gemeldet wurden, sind jetzt auch bei kleineren ungekürzten Wohnungen Leerwohnungen feststellbar, doch ist dies nicht auf den bedrückten Wohnungsbedarf der Bevölkerung, sondern einzig und allein einseitig auf die gesunkenen Einkommensverhältnisse und andererseits auf die unerschwinglichen Höhen der Mietzinse dieser Wohnungen zurückzuführen.

Wohnungsnot.

Das statistische Amt der Hauptstadt Prag bezieht den sogenannten objektiven und unbedeckten Wohnungsbedarf der Prager Bevölkerung zum Oktober 1932 auf 5811 Wohnungen. Dabei geht es von der Annahme aus, daß in den neuangelegten Wohnungen die Mieter der Rotunterkünfte untergebracht sind, während in Wirklichkeit aber alle bisherigen Notstands- und provisorischen Wohnungen, deren Zahl circa 14.000 beträgt, infolge Mangels an billigen Wohnungen, auch heute noch voll besetzt sind. Die gegenwärtig in Prag leerstehenden Wohnungen kommen daher in der überwiegenden Zahl für die unbedürftigsten Schichten nicht in Betracht. Dabei wird man sich vor Augen halten, daß von den auf Grund der Wohnungszählung im Jahre 1930 ermittelten 229.948 Wohnungen noch immer 110.580 Wohnungen unter Mieterschutz stehen und daß unter den letztgenannten Wohnungen 76.900 Einzimmer-, 10.537 Zweizimmerwohnungen, also zusammen 87,2 Prozent von der ärmsten Bevölkerung besetzt sind. Es ist nicht schwer zu erkennen, welche Auswirkungen die Aufschüpfung der gebundenen Wohnungswirtschaft zur Folge haben würde!

Für Pilsen meldet das dortige Wohnungsamt, daß die Zahl der freien Wohnungen sehr gering ist. Alle freien Wohnungen haben zwei und mehr Räume, während die Nachfrage nach Wohnungen mit einem Zimmer und Küche oder mit einer Wohnfläche im Steigen ist. Dabei sind nach der Woh-

Menschenleere Fabrikssäle.

Furchtbare Details über das Fortschreiten der Rationalisierung.

Prag, 25. Jänner. In seiner heutigen Rede im Budgetausschuss des Abgeordnetenhauses erwähnte fürsorgemühter Genosse Dr. Czech aus dem demnachst erscheinenden neuen Bericht der Gewerbeinspektoren einige besonders traurige Beispiele dafür, daß zahllose Betriebe trotz vollständiger oder teilweiser Lohnsenkung eine durchgreifende Rationalisierung ihrer Produktionsrichtungen teils durch Technisierung und Mechanisierung, teils durch Rekonstruktion, Konzentration oder Spezialisierung ihres Produktionsapparates gerade in den letzten Jahren durchgeführt haben. Die natürliche Folge war die Verdrängung vieler zehntausender weiterer Arbeiter aus dem Arbeitsprozeß und dem Nährstande durch die Einsetzung von Maschinen.

So wurde in zwei Zementfabriken anstatt der Formung des Rohmaterials auf den Ziegelpressen im Durchdrücken desselben auf eigenartigen Rollenbahnen und eine mechanische Zuführung des Rohmaterials zu den Ofen eingeführt, was die Entlassung von 140 Arbeitern zur Folge hatte. Im Kalksteinbruch einer anderen Zementfabrik wurde mit Hilfe der Bohrmaschine Cylion das elektrische Abziehen ganzer Felsenwände eingeführt. Dadurch werden mit einem Schlag einige tausend Waggons Stein gewonnen und so ermöglicht, daß die Sprengarbeiten nur einmal in 14 Tagen notwendig sind. Die Zahl der im Bruche beschäftigten Arbeiter ist dadurch von 120 auf 65 gesunken. Ein auf einer Anhöhe angelegter Steinbruch hat zum Steintransport ins Tal an Stelle von 18 Bremsbergen eine Seilbahnwegebahn errichtet, wodurch die Entlassung von 40 Arbeitern herbeigeführt wurde.

In einem keramischen Betriebe des Jungbunzlauer Inspektionsbezirkes ermöglichte die Mechanisierung des Produktionsprozesses die Erzeugung von 8000 Fliesen in einer Stunde, während früher bei derselben Arbeiterzahl nur 400 erzielt werden konnten.

Eine Glasfabrik in der Slowakei vermag mit Hilfe eines von einem einzigen Arbeiter bedienten Pantografen 24 Gegenstände auf einmal mit Glasverzierungen zu versehen, während hierzu bisher 24 Arbeiter erforderlich waren.

Zur Verbesserung der Produktion von zweiteiligen Knöpfen hat eine Budweiser Metallfabrik automatische Pressen aufgestellt, deren jede die Arbeit von zehn Arbeitern ersetzt. Ein Prager Betrieb zur Herstellung von Automobilbestandteilen hat Schleifmaschinen mit erhöhter Leistungsfähigkeit und weite Spindelautomaten eingeführt, welche zehn Operationen gleichzeitig auszuführen vermögen und die Leistungsfähigkeit der alten Maschinen um 50 Prozent übersteigern.

Eine im Neutraer Inspektionsbezirke gelegene Fabrik zur Verarbeitung von Flach und Hens hat, als sie nach einem Brande wiederaufgerichtet wurde, für ihre Flachbrecherei zwei Automaten angeschafft, welche bei der gleichen Leistungsfähigkeit des Unternehmens 60 Prozent der bisher beschäftigten Arbeiter auszuscheiden vermochten. Der Bericht des Laborer Gewerbeinspektors meldet über eine Wäschefabrik, welche die Gesamtproduktion auf die Hälfte der Arbeiterzahl hat und nach Durchföhrung der Mechanisierung der Fabrikseinrichtungen trotz Entlassung von Arbeitskräften ihre Leistungsfähigkeit um 140 Prozent zu steigern vermochte.

Einer besonderen Erwähnung bedarf die Automatisierung der mit der Flaschenfüllung ver-

bandenen Arbeit. Hier verrichten die neuen Maschinen die Reinigung, Füllung, den Verschluß und die Etikettierungsarbeiten, die unter Kombination mit einem Transporteur die menschliche Arbeit auf die bloße Herabnahme der gefüllten Flaschen von den Transporteur beschränkt. Daß die massenhafte Einführung dieser Maschinen in allen für sie in Betracht kommenden Betrieben die Entlassung von Arbeitern zur Folge hat, muß nicht erst erwähnt werden.

In einer Pilsener Brauerei vermag ein neuereingestellter Bierabziehapparat in einer Stunde 3000 Flaschen zu füllen, also fünfmal soviel, als dies die zur Bedienung des Apparates bestellten Arbeiter zu bewerkstelligen vermöchten.

Auch im graphischen Gewerbe macht die Technisierung gewaltige Fortschritte. So wurde in einer Prager Druckerei eine neue Offset-Rotationsmaschine aufgestellt, welche 3000 Färbendrucke in einer Stunde liefert, während die alten Steindruckmaschinen nur 500 einfarbige Drucke in der gleichen Zeit zu liefern vermöchten.

In einer im Neutraer Inspektionsbezirke befindlichen Papierfabrik ermöglichte die Einführung einer automatischen Maschine, daß alle notwendigen Arbeiten von Anbeginn bis zur vollständigen Herstellung des Produktes von einer ein-

zigen Maschine — ohne Zuhilfenahme menschlicher Arbeit — vollführt werden.

Ein Kunstwerk der Rationalisierung ist eine Effigfabrik in Karpatenland, welche ohne die leiseste menschliche Nachhilfe den ganzen Tag über selbsttätig arbeitet, ja sogar tagsüber mittels eines Schließels abgeperrt wird.

Eine Maschine, mit einem Uhrwerk versehene, präzise funktionierende Pumpe schöpft viertelstündlich eine bestimmte Menge in einen Effigbüchse, in dem dann ein drehbarer Verteiler die ganze Flüssigkeit zerstäubt. Auf automatischem Wege gelangt dann die Flüssigkeit in einen Kühlbehälter. Die menschliche Arbeit beschränkt sich bloß auf die äußere Bedienung der Maschineneinrichtung und auf die Zuführung der Flüssigkeit in den Denaturierungsbüchse und des fertigen Produktes in die Gefäße.

Zuletzt sei noch der im Königinhofer Bezirke im Bau begriffenen automatischen Weberei gedacht, die bereits durch die Aufstellung der ersten 40 automatischen Webstühle eingeleitet wurde und ein wahres Schulbeispiel für eine menschenleere Fabrik sein wird, von der uns bisher nur ferne Länder etwas zu erzählen wußten!

Diesen Beispielen, erklärte Dr. Czech, könnte noch eine ganze Fülle noch plastischer beigelegt werden. Sie genügen aber, um Ihnen an Hand der lebendigen Wirklichkeit vor Augen zu führen, wie in jedem Produktionszweige stündlich und täglich Hunderte, vielfach Tausende arbeitsfreudiger Menschen erbarungslos aus der Arbeit geschleudert und jenen fürchterlichen Höllelichkeiten ausgeliefert werden, die das Schicksal der arbeitslosen Menschen mit sich bringt!

SPD. erklärt:

„Gegen Staatsstreich jeder Widerstand erlaubt!“

Berlin, 25. Jänner. In einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Mittwoch ist, wie TDZ meldet, folgender Beschluß gefaßt worden:

„Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erheben schärfsten Protest gegen den Plan der „Proklamierung eines sogenannten staatlichen Notstandes“. Seine Verwirklichung würde auf einen Staatsstreich hinauslaufen, der dem Volk seine verfassungsmäßigen Rechte raubte und jenen Klassen zugute käme, die ohne Rücksicht auf die Gesamtheit und vor allem auf die Arbeiterklasse ihre Sonderinteressen vertreten und dabei die Kritik des Parlamentes zu schenken allen Grund haben. Ein solcher Staatsstreich würde einen rechtlosen Zustand schaffen, gegen den jeder Widerstand erlaubt und geboten ist.“

Die Lage im Reich.

Berlin, 25. Jänner. Durch die gestrige Erklärung der deutschnationalen Fraktion, die dem Reichskanzler den Kampf ansagt, wurde die innerpolitische Situation nur noch verschärft. Die Erklärung war offensichtlich bis zu einem gewissen Maße von dem Unwillen der Deutsch-

nationalen darüber diktiert, daß der Reichskanzler von Schleicher gestern offiziell die Gerüchte über die vorbereitete Suspendierung gewisser Verfassungsartikel (bezüglich der Ausschreibung der Reichstagsneuwahlen) dementierte.

Heute fanden verschiedene politische Beratungen statt, u. a. hatten Eucken und der Vorsitzende der nationalsozialistischen Fraktion Dr. Fried Beratungen. Bis zur Stunde kann jedoch keine Änderung der Situation gemeldet werden.

In Regierungskreisen lehnt man es, wie das Conti-Büro mitteilt, ab, in die gegenwärtigen Kombinationen der politischen Presse irgendwie einzugreifen. Man beschränkt sich auf den Hinweis, daß der Reichsterrat des Reichstages am Freitag ohnehin zusammenzutreten wird und diese Sitzung in Ruhe abgemartet wird.

Untersuchung des Osmilskandals.

Berlin, 25. Jänner. Der Haushaltsausschuss nahm heute gegen die Stimmen der Deutschnationalen einen sozialdemokratischen Antrag an, der den Rechnungshof ersucht, die Umschuldung aus Hilfsmitteln einschließlich des Einsatzes des Betriebsversicherungsfonds sofort einer eingehenden Prüfung zu unterziehen und über das Ergebnis einen ausführlichen Bericht zu erstatten, der sofort dem Haushaltsausschuss vorgelegt werden soll.

Säuberung des Staatsapparates von fascistischen Elementen.

Eine Resolution des Wehrausschusses.

Prag, 25. Jänner. Heute nahm auch der Wehrausschuss des Abgeordnetenhauses zu den Vorfällen in Brünn in längeren Verhandlungen Stellung. Verteidigungsminister Brada gab eine inhaltlich mit seinen gestrigen Ausführungen im Senat übereinstimmende Erklärung ab, worauf sich nicht weniger als zwölf Redner der verschiedensten Parteien mit dem Fiskus und seinen Ursachen, bzw. den daraus zu ziehenden Konsequenzen beschäftigten. In die Debatte griff noch wiederholt Minister Brada ein, der u. a. den mehrfachen Landeskommandanten General Döschowitsch gegen verschiedene Vorwürfe in Schutz nahm, die gegen ihn erhoben worden waren.

Schließlich nahm der Ausschuss eine Resolution an, in der er die Erklärungen des Ministers zur Kenntnis nimmt und mit Enttäuschung den verbrecherischen Angriff beurteilt. Er zweifelt nicht daran, daß eine strenge Untersuchung und ein gerechtes Urteil erfolgen wird.

Für die Zukunft könne sich der Ausschuss nur dann zufriedenstellen, wenn die Regierung alle notwendigen Maßnahmen treffen wird, um nicht nur die Wiederholung derartiger Verbrechen unmöglich zu machen, sondern auch die demokratische Verfassung des Staates zu schützen. „Im Bewußtsein dessen“, heißt es weiter, „daß die demokratischen Einrichtungen unserer Republik es ermöglichen, jede Idee im öffentlichen Leben und in den gesetzgebenden Körperschaften zu vertreten, spricht der Wehrausschuss die Ueberzeugung aus, daß die Regierung solche Taten und Bewegungen nicht dulden kann, durch die die demokratischen Einrich-

Chlorodont-Zahnpaste

Ist die beliebteste Zahnpaste von höchster Qualität. Die vielen Millionen Menschen, die sie täglich benutzen, erfreuen sich gesunder und weißer Zähne. Hüten Sie sich vor Nachahmungen und wellersprechenden Angeboten, verlangen Sie ausdrücklich nur Chlorodont.

tungen des Staates gewaltsam bedroht sind. Sie kann auch nicht dulden, daß in den Kammern und Anstalten des Staates sowie aller öffentlichen Einrichtungen etwa irgendwelchen Verbrechen gegen die Grundlagen der demokratischen Verfassung Vorschub geleistet werde, oder daß in ihnen Leute gebildet werden, die in ideeller oder persönlicher Verbindung mit verbrecherischen Unternehmen oder Bewegungen stehen, die das Verderben der demokratischen Grundlagen der Republik zum Ziel haben. Der Staat muß sich des Risikos bewußt sein, das bei leichtfertiger Beurteilung derartiger Verbrechen und Aktionen entstehen würde, und er hat daher die Verpflichtung, in der Verteidigung der Demokratie und der Verfassungsmäßigkeit alles Erforderliche vorzunehmen.

Weiters ersuchte der Ausschuss den Minister, den Soldaten ohne Unterschied der Rationalität, die gewissenhaft ihre Pflicht erfüllt haben, Anerkennung und Dank auszusprechen.

Den verwundeten Soldaten soll größte Aufmerksamkeit und Pflege zuteil werden. Sollten die Verwundungen nicht ohne Folgen bleiben, so müsse man ihnen bei der Gründung einer Ersten behilflich sein, bzw. entsprechend für sie sorgen, falls sie arbeitsunfähig werden sollten.

Für diese Resolution stimmten außer den koalitierten Parteien auch die tschechische Gewerdepartei.

Die Kellnerin Molly.

Roman von Hans Otto Henel.

Copyright by Hoeslverlag Berlin. Nachdruck verboten.

Nun hatte Frau Grabow vor dem Richter stehen müssen, unfähig, zu erkennen, daß eine natürlich und allgemein grübte Sache strafbar sein sollte, nur weil sie noch nicht handlungsfähig eingetrogen ist.

Male war aufs tiefste erschüttert. Sie suchte die kleine Frau zu trösten und versicherte ihr viele Male, daß sie nicht schlecht von ihr dachte. Innerlich aber hielt sie die Frau zwar nicht für einen Verbrecherin, konnte sie aber nicht von einer Schuld gänzlich freisprechen. Sie dachte an ihre Mutter, die sicherlich bis zum Schwersttage über ihre Tochter gewacht hätte, wenn nicht der Herr ihre Tochter rein zu bewahren, und daß es nicht hätte geschehen können, empfand sie als das große Unglück ihres Lebens.

Male dachte aber auch an die Schwitterfarnen auf dem Rainerdorfer Rittergute, wo die jungen Menschen gezwungen wurden, für kurze Zeit ohne Traudlchen zusammenzuleben, weil das so für den Gutbesitzer billiger war, weil einmal der Drispastor, viel weniger noch Polizei und Richter kümmerten sich um diese offensichtliche Verletzung der kirchlich und staatlich anerkannten Moral. Sie sah, daß es für vornehmere und geringere Leute zweierlei Anwendung der Gesetze gibt.

Rein, bei Frau Grabow würde Male nicht bleiben, selbst wenn es möglich wäre. Sie überlegte schon, ob sie nicht besser das ihr unlieblich gewordene Zettin verlassen sollte, als sie sich von Frau Grabow verabschiedete.

Eingeshobenes Kapitel über gute und gerechte Richter.

Herr Dreibarth, Fabrikant und Kaufmann zu Leipzig mit einem kleinen Büro in der Universitätsstraße, mußte sich vor dem Schöffengericht verantworten. Die Anklage lautete auf verübte Notzucht, ein Verbrechen nach § 176 des Strafgesetzbuches. Die Gerichtsverhandlung ergab ein wenig günstiges Bild für den Angeklagten. Eine siebzehnjährige Arbeiterin in Leipzig beschäftigt und in Grotzsch bei Leipzig wohnhaft, fuhr an jedem Abend mit einem Vorortzuge nach Grotzsch. Eines Abends verspätete sie sich, so daß sie den üblichen Zug nicht mehr erreichen konnte. Sie ging in das dem Bahnhof benachbarte Stadtviertel zurück, um spazierengehend sich die Zeit bis zur Abfahrt des nächsten Zuges zu vertreiben. Das von Natur schwächliche und demzufolge nicht sehr reizvolle Mädchen wurde an der Ecke der Windmühlstraße von einem älteren Herrn angesprochen, der sich freundlich nach Woher und Wohin erkundigte. Das mit großstädtischen Sitten wenig vertraute junge Ding gab arglos Auskunft. Der sehr vornehm aussehende Herr behauptete, auch er wolle nach Grotzsch fahren. Nur mühe er noch seine Antragsmappe aus dem Büro in der Universitätsstraße holen. Das junge Mädchen, geblendet von so viel Bewußtsein eines vornehmen Mannes, ließ sich leicht überreden, mit in die Stadt zurückzukehren, um so in Gesellschaft die Zeit bis zur Abfahrt des Zuges zu vertreiben. Durch mancherlei harmlos klingende Versprechungen, unter denen die Anstandsstellung einer lohnenden Beschäftigung obenan stand, lockte der Herr dann das Mädchen mit in sein Privatquartier. Dort spielte er zunächst den höflichen Mann, bot dem unerfahrenen Mädchen einen Platz im bequemen Klubstuhl an, reichte ihr Gebäck und schenkte ihr Liköre ein. Der Herr wurde ängstlich, als das Mädchen sich würgerte, den Mantel abzulegen. Seine höfliche Maske verschwand,

und er versuchte nun ganz ungentert, das Mädchen zu vergewaltigen. Trotz der Berührung durch den ihr ungewohnten Alkohol gelang es dem Mädchen, den Wüstling abzuwehren, doch war sie außerstande, um Hilfe zu rufen. Der Schreck hatte wohl die Stimmbänder gelähmt. Den höflichen Herrn packte rasende Wut über die Abwehr des Mädchens. Er griff zur Hundepeitsche, um damit zu erreichen, was seinen Händen nicht gelungen war. Während er auf sein Opfer einschlug, verlor er den Mantel und Kleid vom Körper zu reißen. In auswegloser schrecklicher Angst sprang das Mädchen ohne Bedenken zum Fenster hinaus in einen Lustschacht, wo es schwer verletzt liegen blieb.

Im Gerichtssaale standen nun der vornehme Herr, eben der Fabrikant Dreibarth, und sein Opfer, die jugendliche Hertha Lindner, einander gegenüber. Das Mädchen wurde von seiner alten Mutter, die bis dahin von der Unterstützung der Tochter gelebt hatte, beigegeführt. Allein zu gehen war ihr unmöglich, denn sie hatte bei dem Sturz in den Lustschacht ein Bein gebrochen und auch andere Verletzungen davongetragen, so daß die Ärzte im Krankenhaus eine Verkrüppelung fürs ganze Leben festgestellt hatten.

Herr Dreibarth führte zu seiner Entlastung an, daß er an jenem Abend betrunken gewesen sei. Die Richter nahmen das auch wirklich als Entlastung zur Kenntnis. Weiter führte Herr Dreibarth zu seiner Entschuldigung an, er habe das Mädchen nur ausziehen wollen, um es nach zu sehen. Er sei aber von seinem Beginnen abgestanden, als er bemerkte, daß er nur ein gewöhnliches Mädchen aus dem Arbeiterstande vor sich habe. Diese Entschuldigungen des vornehmen Herrn wurden in seinem Sinne von dem zuständigen Leipziger Schöffengericht gewürdigt. Zwar mußte man ihn verurteilen, aber das Gericht billigte ihm mildernde Umstände zu, eben

weil er in Trunkenheit gehandelt habe. Herr Dreibarth wurde zu der niedrigst zulässigen Strafe von sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die milden Richter schenkten ihm zum milden Urteil auch noch die Gnade einer Bewährungsfrist von drei Jahren.

Herr Dreibarth wird das Gefängnis als nie von innen sehen, falls er nicht das Besch haben sollte, an andere Richter zu kommen, wenn er sich wieder einmal das Vergnügen leistet, Arbeitermädchen in die Nachbarschaft des Todes zu jagen.

Wohl kam es nach der Verhängung des Urteils im Gerichtssaale zu Mißfallensäußerungen der Zuhörer, da die Richter keinen Grund gefunden hatten, die Öffentlichkeit auszuschließen. Das Rechtsgefühl der einfachen Leute geht ja von hohen Voraussetzungen aus. Es sieht auf der einen Seite einen Mann, der wohl im öffentlichen Leben geachtet ist, weil er Fabrikant, Kaufmann, Mitglied nationaler Vereine ist, im klüchtigen Kegel einer Minute aber ein Menschenleben zertrümmert — auf der anderen Seite ein junges Mädchen, dessen Leben zerbrochen wird, obwohl es nichts als fleißig arbeiten und seine alte Mutter ernähren will. Das Rechtsgefühl der Menge wägt da leicht zugunsten der schwächeren Partei, aber die Schöffengerichter fanden in ihren Protokollen immer noch genug Stützen, die zugunsten des Stärkeren den Ausschlag gaben. Herr Dreibarth war darüber bestimmt nicht böse.

Mit Hertha Lindner, dem unglücklichen Opfer des Herrn Dreibarth, sah Male im Eisenbahnzug zusammen, als sie von Zettin nach Berlin fuhr. Male war dem Mädchen wohl sympathisch genug erschienen, darum hatte sie ihr die Geschichte erzählt. Diese rückhaltlose Mitleidenschaft öffnete Males Herz und Mund.

(Fortsetzung folgt.)

Das Geschäft mit den staatlichen Wäldern.

In den letzten zwei Jahren ist, wie wir dem „Land- und Forstarbeiter“ entnehmen, ein starkes Sinken des Holzabfahres eingetreten. Das hat seinen Grund in der allgemeinen Wirtschaftskrise und in dem gestiegenen Absatz russischen Holzes. Die Folgen dieses geminderten Holzabfahres werden von dem genannten Blatt folgendermaßen dargestellt:

Hunderttausende Hektometer Holz liegen im Walde und verfaulen. Die Schlägerungen werden auf das unglaublichste Maß eingeschränkt, alle notwendigen Reparaturen und sonstigen Arbeiten in den Forsten unterbleiben. Die Folge ist, daß viele Tausende Forstarbeiter und die Arbeiter der Waldfägen nicht beschäftigt werden oder nur wenige Wochen im Jahre. Die Arbeitslosigkeit hat in den Kreisen der Waldarbeiter einen ungeheuren, nie dagewesenen Umfang angenommen. Die Not ist groß. Man muß in Betracht ziehen, daß in vielen Forstgebieten die Arbeiterkraft früher immer noch die Möglichkeit hatte, in den Zeiten des Ausbleibens irgendwo anders unterzukommen oder sich in der Hausindustrie einen bescheidenen Verdienst zu schaffen. Diese Möglichkeiten fehlen heute vollständig. So ist die Not überall sehr groß.

Die Verwalter der staatlichen Forste benehmen sich nicht besser als private Unternehmer. Sie wollen die Holzwirtschaft dadurch sanieren, daß sie den Arbeitern die Löhne herabsetzen. Außerdem soll eine Verkaufsorganisation der Staatsforste geschaffen werden, über die wir schon berichtet haben. Die L. Körner A.-G. in Prag hat mit der Generaldirektion der Staatsforste einen Vertrag abgeschlossen, demzufolge einer neu zu gründenden Gesellschaft unter dem Namen „Tschechoslowakische Zentral-Holzverkaufsstelle A.-G.“ der Verkauf der Gesamtproduktion der staatlichen Forste übertragen werden soll. An der Gesellschaft wird der Staat mit 51, die Anglo-Pragbank mit 49 Prozent beteiligt sein. Die Firma J. Körner wird ihren Verkaufsapparat an die neue Gesellschaft abtreten.

Die Provisionsbedingungen für die neue Gesellschaft sind sehr gut. Nach dem Vertrag soll die Gesellschaft eine Provision erhalten, welche bei einem Umsatz bis 100 Millionen 6 Prozent, bis 150 Millionen 5 Prozent, bis 200 Millionen 4 Prozent, bis 250 Millionen 3,5 Prozent und über 250 Millionen 3 Prozent betragen würde. Bei einer Auflösung der Verkaufsgesellschaft sollte die Firma eine Abfindung in der Höhe der dreifachen Provision des vorangegangenen Jahres erhalten.

Das Geschäft kann also beginnen. Es ist die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß durch diese Verkaufsorganisation ein Holzdumping geschaffen wird, dessen Kosten allein die Arbeiter zu tragen hätten.

Landesausschuß für Böhmen. Der Landespräsident Dr. Sobotta eröffnete zum erstenmal in seinem Amte die Sitzung des Landesausschusses für Böhmen mit einer Rundrede, in der er sein aufrichtiges Streben gewissenhaft und unparteiisch in den Traditionen der früheren Landesausschüsse für das Wohl seiner Heimat und seiner Bewohner einzutreten betonte und versprach, immer die gerechtfertigten Interessen des Landes Böhmen mit absoluter Objektivität zu vertreten und Meinungsverschiedenheiten, die bei der Auffassung irgendeiner Angelegenheit entstehen können, in den Grenzen des Gelegenen gegenseitigen Einvernehmens in der Ueberzeugung zu lösen, daß er mit den Mitgliedern des Landesausschusses in gemeinsamer und fruchtbarer Arbeit zum Vorteil des Landes und seiner Bevölkerung übereinstimmen werde. Das Mitglied des Ausschusses Slavaty begrüßte den Landespräsidenten im Namen des Landesausschusses. Darauf erledigte der Landesausschuß außer laufenden Angelegenheiten 500 Gemeindeforschüsse, genehmigte 64 Gemeinden die Einhebungen verschiedener Abgaben und Bewilligte für Meliorationsarbeiten Landesausschüsse in der Gesamthöhe von K 623.000.

Arbeitslosenhilfsaktion der politischen Behörden in Böhmen. Auf Initiative des Landesamtes wurden im November des vorigen Jahres bei allen Bezirksbehörden in Böhmen Hilfsausschüsse für die Arbeitslosen unter Beteiligung aller humanitären und sozialen Institutionen, der Bezirks- und Gemeindefeldverwaltungen usw. gebildet, welche während der kurzen Zeit ihrer Tätigkeit bereits mit Erfolg gearbeitet haben. Durch verschiedene freiwillige Beiträge, welche durch die Behörden im Rahmen ihrer Kompetenz (Gebühren für Verlängerung der Polizeisperrstunde, bei Abschluß von Zivilleben usw.) eingehoben wurden, oder auf deren Einführung diese Behörden eingewirkt haben (z. B. Zuschläge zu den Kinokarten in Prag), weiters durch Sammelaktionen wurden den Hilfsausschüssen nicht nur Barbeiträge, sondern auch Naturalien (Lebensmittel, Kleider, Wäsche) zur Verfügung gestellt, welche an die Arbeitslosen verteilt wurden. Das Landesamt in Prag dankt allen, die zum Gelingen dieser Aktion beigetragen haben und richtet an die gesamte Bevölkerung die Bitte, auch weiterhin die Hilfsausschüsse für die Arbeitslosen nach Kräften zu unterstützen.

Der Rückgang des Welthandels.

Von 62 Milliarden Mark in den ersten neun Monaten 1929 auf 22 Milliarden in der gleichen Zeit 1932.

Das statistische Reichsamt Deutschlands veröffentlichte soeben Ziffern über den Welthandel im Jahre 1932. Danach ist der Außenhandelsumsatz der 48 wichtigsten Länder im dritten Quartal 1932 gegenüber dem Jahre 1931 um 39 Prozent und gegenüber 1929 um rund 65 Prozent zurückgegangen. Der Welthandelsumsatz betrug in der gleichen Zeit schätzungsweise 22 Milliarden Mark gegenüber 36 Milliarden im Jahre 1931 und 62 Milliarden im Jahre 1929. Dieser scharfe Rückgang im Außenhandel findet seine Parallele im Rückgang der Ziffern für die industrielle Weltproduktion, die 1932 den niedrig-

sten Stand innerhalb der letzten zehn Jahre erreicht und damit unter den Produktionsstand des letzten Vorkriegsjahres gesunken ist. In der Produktion beträgt der durchschnittliche Rückgang gegenüber dem Jahre 1928 33 Prozent.

Diese Ziffern, welche die Zerstörung des Welthandels eindringlich kennzeichnen, sollten den Teilnehmern der kommenden Weltwirtschaftskonferenz zeigen, zu welcher Katastrophe die bisherige Wirtschaftspolitik der kapitalistischen Staaten geführt hat.

750 Millionen genügen nicht!

Die Post für Arbeitslosenfürsorge noch zu niedrig angesetzt.

In Besprechung der Budgetziffern des Fürsorgeministeriums führte Genosse Hadenberg am Dienstag abends aus, daß die Gesamtziffer des Budgets zwar nur von 873 auf 863 zurückgegangen ist, daß aber innerhalb dieser Ziffern Verschiebungen stattgefunden haben, die in andern Posten schwerwiegende Kürzungen zur Folge hatten.

So wurden aus dem Titel des Staatsbeitrages zur Invaliditätsversicherung eine Erhöhung um 23 Millionen vorgenommen, da heuer entsprechend mehr Renten anfallen werden; auch der Staatsbeitrag für die Pensionsversicherung mußte um 1,1 Millionen erhöht werden.

Diese Summen mußten an anderen Posten wieder eingepart werden, was zu weitgehenden Drofflungen führt.

So mußte der Sachaufwand für die Jugendfürsorge von 28,2 auf 21,5 Millionen herabgesetzt werden, obwohl in der Krise gerade für die Jugendfürsorge bedeutend mehr Gelder zur Verfügung gestellt werden sollten, zumal ja auch die Selbstverwaltungsdörper und sonstigen Körperschaften infolge der Krise ihre Fürsorgebudgets einschränken, wenn nicht ganz streichen müssen. Das Sinken der Post für die Ritzgeschädigten ist aus dem natürlichen Abgang erklärlich, aber die Herabsetzung der Post für soziale Fürsorge für Invaliden und ihre Hinterbliebenen ist sehr zu beklagen.

Wir haben immer darauf hingewiesen, daß die Gewerbeinspektion noch sehr ausbaubedürftig ist. Wenn nun bei diesem Posten im Sachaufwand eine Drofflung um 80.000 K eingetreten ist, so wird es nicht möglich sein an einen weiteren Ausbau dieser Einrichtung auch nur zu denken.

Die wichtigste Aufgabe des Ministeriums ist derzeit wohl die Arbeitslosenfürsorge. Wir müssen befürchten, daß auch der Betrag von 700 Millionen im dritten Budgetabschnitt und die weiteren 57 Millionen im ordentlichen Budget zur Bestreitung der Kosten der Arbeitslosenfürsorge nicht hinreichen werden, denn der tatsächliche Aufwand im Vorjahr hat für diese Zwecke über 800 Millionen ausgemacht. Trotzdem hat es einen harten Kampf gekostet, bevor auch nur die 750 Millionen heuer in das Budget eingestellt werden konnten.

Wir begrüßen es, daß sich der Ministerrat ernstlich mit der Aufnahme einer Investitionsanleihe befaßt und der Selbstverwaltung hierfür die entsprechenden Mittel in Form von Investitionsumlagen zur Verfügung stellen will. Wenn man aber die Gemeinden überhaupt lebensfähig erhalten will, wird man eine Reform des Gemeindefinanzgesetzes durchzuführen müssen.

Die Frage der weiteren Verkürzung der Arbeitszeit ist nicht eine Frage der Wirtschaftskrise, denn sie wäre auch ohne Krise gekommen. Ihre Ursache liegt ja in der fortwäh-

tenden technischen Rationalisierung. Den Gewinn davon haben aber lediglich die Besitzer dieser Maschinen, die Kapitalisten, während die Arbeiter nur die Leidtragenden sind. Wir müssen darauf dringen, daß diese Maßnahmen nunmehr ernstlich in Erwägung gezogen wird, zumal sich auch die internationale Arbeitszeitkonferenz in Genf für die Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen hat.

Aus den gegenwärtigen Verschiebungen auf dem Wohnungsmarkt darf keinesfalls der Schluß gezogen werden, daß auf dem Gebiete des Wohnungswesens nunmehr die Aufgabe des Fürsorgeministeriums beendet und der Mieterbeschutz demnach bereits überflüssig sei. Es sind ja nur größere Wohnungen, die leer stehen, und die Preise der Kleinwohnungen sind immer noch sehr hoch. Die Not an kleinen und billigen Wohnungen ist heute ja noch größer als früher. Es wäre deshalb das Verschlechte, wenn man jetzt an eine Lockerung des Mieterbeschutzes in größerem Umfang schreiten wollte. Heute ist gerade der Schutz der Kleinmieter besonders wichtig, weil durch die Verschiebung auf dem Wohnungsmarkt die billigeren Wohnungen mehr denn je bedroht sind.

Zum Kapitel Sozialversicherung haben mich namentlich die Neuierungen überrascht, daß ein „Abbau der sozialen Lasten“ namentlich im Interesse der Landwirtschaft unbedingt notwendig sei. Wichtig ist, daß die Sozialversicherung heute finanziell gut steht, aber die Renten sind doch viel zu gering, so daß auch diejenigen, die Anspruch auf sie haben, nicht aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden wollen und auch nicht können. Die Renten werden erhöht werden müssen, und hierzu wird man die Mittel der Sozialversicherung in Anspruch nehmen müssen.

Das Defizit der Krankenversicherungsanstalten ist nicht durch die „hohen“ Verwaltungskosten herbeigeführt und auch nicht durch die Wirtschaftskrise, sondern durch die zu niedrigen Beiträge. Die Devisenwirtschaft hat im Jahre 1928 mit dem Inkrafttreten des Sozialversicherungsgesetzes begonnen. Die Beiträge waren zu niedrig und so wurden die Reserven schon in den Zeiten der Konjunktur aufgeschehrt. Ein Abbau der Leistungen, wie er von gewisser Seite gefordert wird, würde eine ernste Gefahr für die Gesundheit der Arbeiterschaft bedeuten!

Genosse Dr. Czech hatte sich diesmal bereits mitten in der Debatte zu Worte gemeldet, ebenso Gesundheitsminister Dr. Spina, der am Nachmittag sprach. Die Debatte über beide Referats ging dann noch weiter; sie wird erst im Laufe des Donnerstags abgeschlossen werden. Zu den Ausführungen der Debatter werden wir Genosse Dr. Czech wahrscheinlich nochmals am Schluß der Debatte das Wort ergreifen. — Aus dem Erpose des Gesundheitsministers werden wir noch morgen einige Details von allgemeinerer Bedeutung nachtragen.

Gajda eingesponnen — Kobzinek unauffindbar.

Brünn, 25. Jänner. Der verhaftete ehemalige General Rudolf Gajda wurde bereits in die Untersuchungshaft des Brünnener Kreisgerichtes, u. zw. in der Nacht auf heute zusammen mit drei weiteren tschechischen Funktionären eingeliefert. Ladislav Kobzinek, der Anführer des sonntägigen Ueberfalles, konnte bisher nicht festgenommen werden.

Weitere Ausdehnung der Untersuchung.

Brünn, 25. Jänner. Der Major a. D. Rudolf Uvira, Landesorganisationsleiter der Festsitzergemeinde in Wäbren, von dem festgestellt wurde, daß er von dem Ueberfall auf die Brünnener Kaserne Kenntnis hatte, wurde heute nachmittags in die Untersuchungshaft der Polizeidirektion eingeliefert. Die Untersuchung, welche Oberpolizeirat Dr. Vyslouzil führt, dehnt sich immer weiter aus, insbesondere auf Personen, die zwar nicht direkt an dem Angriff teilnahmen, aber von der Vorbereitung hierzu wußten. Heute wurden auch einige Personen aus der Umgebung von Litzow verhöört. Außerdem nahm die Gendarmerie in einigen Bezirken Südmährens, namentlich im Gebiet von Ungarisch-Brodisch und Hodonin, Verhaftungen und Verhöre vor. Ueber den Aufenthalt Kobzinek's ist immer noch nichts bekannt.

Gibt es eine unpolitische Erziehung?

Die andauernde Wirtschaftskrise verdrängt immer mehr die Fragen der öffentlichen Erziehung aus dem Gesichtskreis der Arbeiterklasse. Dies bedürfen nun verschiedene Kreise, um die Tatsachen zu verschleiern und in ihr Gegenteil zu verkehren. Am liebsten wandelt man den Gedanken einer „unpolitischen Erziehung“ ab. Eine der eifrigsten Streiterinnen in diesem Kampfe ist die im Staatsverlag erscheinende „Monatsschrift für Bürgerkunde und Erziehung“. Hoff in allen Nummern findet man entweder versteckte oder offene Angriffe gegen die sozialistische Einstellung zu Schul- und Erziehungsfragen. So steht z. B. im Heft 5/6 der genannten Zeitschrift nicht weniger als folgendes: „... daß der Lehrer, der Erzieher nichts mit Politik zu tun haben darf! Daß es kein Vergehen geben kann, das ihn vom Unterricht energischer ausschließt als der Augenblick, da er sich politisch betätigt!“ Diese vorwärtliche Auffassung wird damit begründet, daß „die Ideale unserer Erziehung nicht einer wandelbaren Gesellschaftsordnung entzogen sind.“

Hören wir, ob das richtig ist. Der einzelne, von der Gesellschaft losgelöste Mensch ist nicht denkbar. Die Erziehung ist eine Aufgabe der Gesellschaft. In zweifacher Auswirkung vollzieht sich die Erziehung, einmal als Anpassung, das andere mal als Eingliederung. Dieser Prozeß hört nie auf, mit einem Worte Solons „Der Mensch geht lernend ohne Unterschied ins Alter“. In direkter und indirekter Weise geht die Erziehung vor sich. Pflege und Unterricht wirken direkt und unmittelbar auf das Kind, die Umgebung wirkt indirekt. Und gerade diese ist es, welche einen weit nachhaltigeren Einfluß ausübt als alle Schulbildung. Die indirekte Erziehung schafft die Gewohnheiten und unbewußten Tendenzen. Not, Sittlosigkeit, Verwahrlosung, Ungerechtigkeiten, Chauvinismus u. dgl. sind Faktoren, die der Schule sehr häufig entgegenwirken. Die Gegenwart ist voll von solchen Auswirkungen, die noch verschärft werden durch die Zerrissenheit unserer Gesellschaft.

Die große Bedeutung der indirekten Erziehung wurde schon lange vor und erkannt, es gibt zahlreiche Beispiele, die zum Ziele haben, die Widersprüche zwischen direkter und indirekter Erziehung zu lösen. Als Beweis seien hier nur Rousseaus „Emil“ und die Landeserziehungsheimen genannt. Aber aller Arbeit in diesem Sinne wird von der widersprüchlichen heutigen Gesellschaft eine Grenze gesetzt.

Alle Erziehungsgrundsätze sind der Ausdruck einer bestimmten gesellschaftlichen Ordnung und zielen darauf ab, diese Ordnung zu erhalten. Ist diese Ordnung stabil, ist diese Tendenz ganz unbewußt. Erst wenn sich Kräfte zu einer Neuordnung bemerkbar machen, entsteht auch auf dem Gebiete der Erziehung das Bestreben zu einer Umwidmung. Die alte Gesellschaft ergoz zum Ritter, zum Geistlichen, zum Handwerker und Bauern. Die neue setzte an dessen Stelle die Erziehung zum Menschen. Davon sollte den Schriftleitern der „Monatsschrift für Bürgerkunde und Erziehung“ doch etwas bekannt sein. Vielleicht wissen sie etwas von dem Gegensatz zwischen der dogmatischen autoritätsgebundenen Erziehung in den herrschaftlichen Privatschulen und den mehr liberalistischen öffentlichen Schulen.

Es ist darum eine Täuschung, wenn von der Möglichkeit einer unpolitischen Erziehung geredet wird.

Diese Feststellung wird nun gewöhnlich so verstanden, als ob wir den Parteikampf in die Schule hineintragen wollten. Dieser hat in der Schule nichts zu suchen. Die Schule hat nur die Fähigkeit zu gesellschaftlichem Beobachten, Denken und Handeln zu geben.

In welcher Weise die „Monatsschrift für Bürgerkunde und Erziehung“ mithelfen will, zeigt der Leitartikel im Septemberheft 1932. Es wird da eine Rede des Papenministers Freiherrn von Gayl über die Aufgaben der Schule abgedruckt, die „voll und ganz auch für unsere Verhältnisse gilt“. Freiherr von Gayl ist ein Reaktionsnarr schlimmster Sorte, der mithilfe aller demokratischen und sozialistischen Schulbeamten aus den preussischen Amtsstuben hinausjuchende Ausgerechnet dieser soll unserer Lehrerschaft Lehrmeister sein.

In dieselbe Kerbe schlägt ein Artikel des Oktoberheftes. Ueber das Novemberheft wurde an anderer Stelle bereits berichtet.

Die „Monatsschrift für Bürgerkunde und Erziehung“ gibt der Staatsverlag heraus. Den einzelnen Schulen wird die Zeitschrift auf Kosten der Bezirkschulbehörde zugestellt. Sie verschafft sich also auf sehr einfache Weise ihre Abnehmer. Wir können es daher ganz offen heraus sagen, entweder die „Monatsschrift für Bürgerkunde und Erziehung“ wird zu dem was sie sein will, ein Helfer in der Arbeit für eine neue Erziehung, oder sie muß sich, wie jede andere Zeitschrift, die Abnehmer durch ihre Güte erwerben. Daß das wird, dafür werden wir sorgen.

Direkte Verhandlungen zwischen China und Japan?

Peking, 25. Jänner. In Peking fanden zwischen den Generälen Tchangkai-schek und Tchangshuan und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Tsuan-tsching wichtige Beratungen statt, die als Grundlage für direkte Verhandlungen mit den japanischen Vertretern zu dienen geeignet seien.

Hilfer kriegt neue Schmiergelder. Die Schwerindustrie weiß, was diese „Arbeiterpartei“ wert ist.

Die „Dresdner Volkszeitung“ schreibt: Hitler ist von großkapitalistischer Seite mit neuen Geldern geschmiert worden. Selbst jene bürgerlichen Blätter, die bisher zurückhaltend oder gar nicht über die Hitlerische Pump- und Schmiergeldwirtschaft berichteten, sprechen jetzt offen und mit Geringschätzung davon. So liest man in den Dresdner Neuesten Nachrichten über die jüngste Tafel, die Landtagspräsident Kertl für Fritz Thibissen und Hitler veranstaltete:

Hierbei ging es in erster Reihe um die Frage der Finanzierung eines kommenden Wahlkampfes für die Nationalsozialisten. Diese Frage soll — und das würde ja die Entwicklung hinreichend erklären — in einer für Hitler günstigen Weise gelöst worden sein. Der Grund für das Verhalten der durch Fritz Thibissen repräsentierten Teile der Schwerindustrie dürfte in der Tatsache liegen, daß die wirtschafts- und sozialpolitischen Richtlinien des Reichsfanzlers bei ihr auf immer größeren Widerstand stoßen und man je länger, je weniger zu einer Unterfütterung des Kabinetts Schlichter bereit ist.

Auch hier wird ganz offen zugestanden: Schwerindustrie schmiert den braunen „Führer“, damit sie ihn als Sturmbosch gegen Schleicher brauchen kann. Von der anderen Seite reißt der Landbund an. Die zwei mächtigsten Interessentenhausen können sich nicht darüber verständigen, wem von beiden die Staatsgewalt und der Staatsfidel am meisten dienen soll.

„Hitler ist und bleibt jedoch ein gefügiges Werkzeug sowohl der Schwerindustrie als auch der Junkertafel.“

Kommunistenauflauf auf dem Bülow-Platz.

Berlin, 25. Jänner. Auf dem Bülowplatz fand heute nachmittags als Protestaktion gegen die nationalsozialistische Veranstaltung von Sonntag ein Massenaufmarsch der KPD statt. Schon kurz nach Mittag sammelten sich in den verschiedenen Stadtteilen auf den größeren Plätzen die Jüge zum Marsch in die Stadt. Überall wurden zahlreiche rote Fahnen und Transparente mit kommunistischen Paraphrasen mitgeführt.

Auf dem Bülowplatz sorgte ein großes Polizeiaufgebot für die nötigen Abspernungen; die Beamten waren aber nur zu einem geringen Teil mit Karabinern ausgerüstet. Das Liebesrecht-Haus war über und über mit Transparenten und großen Bildern behangen. Vor dem Haupteingang hatte man eine große Tribüne aufgebaut, auf der zahlreiche Mitglieder des Zentralkomitees unter Führung von Thalmann erschienen. Unter den Klängen einer Kapelle setzte dann der trotz der Kälte mehrere Stunden dauernde Vorbeimarsch der Menschenmassen ein. In der Innenstadt kam es wiederholt zu längeren Verfehrhöfungen. Zu Zwischenfällen ist bisher nirgends gekommen.

Otto Habsburg beim Reichspräsidenten.

Berlin, 25. Jänner. Otto Habsburg besuchte heute, der „Vossischen Zeitung“ zufolge, den Reichspräsidenten von Hindenburg. Der Besuch hatte, wie betont wird, rein privaten Charakter.

Die deutsche Arbeitsbeschaffung.

Berlin, 25. Jänner. Wie das Conti-Büro von zuständiger Stelle erfährt, wird die Verteilung der Mittel auf den Sofortprogramm für die Arbeitsbeschaffung voraussichtlich in der Weise erfolgen, daß von den in Aussicht genommenen 500 Millionen für die Zwecke des Reiches und der Reichsbahn 100 Millionen abgezweigt und die restlichen 400 Millionen dann den übrigen Ausgaben des Sofortprogramms zugeführt werden. 40 Millionen davon sollen der Stadtrundfunk zugute kommen und einer weiteren Beschaffung von etwa 15.000 Kleinjobstellen dienen. Dabei ist daran gedacht, mehr Aufmerksamkeit der Stadtrundfunk in kleineren und mittleren Gemeinden zu widmen.

Arbeitslosigkeit auch in Sowjetrußland.

Wir haben bereits vor einigen Tagen darüber berichtet, daß nach einer Verordnung der Sowjetregierung die gesamte Einwohnerzahl Sowjetrußlands mit Pässen versehen werden soll. Das geschieht nun tatsächlich, die Ausgabe der Pässe ist im Gange. Pässe werden teils auf die Dauer von drei Jahren, teils auf die Dauer von einem Jahre und teils von vorübergehendem Charakter ausgestellt. Bemerkenswert ist, daß die Ausführungsbestimmungen zur Passverordnung zum erstenmal die Existenz von Arbeitslosen zugeben. Es heißt nämlich, daß „Personen, die vorübergehend ohne Arbeit sind“, bei der Ausständigung des Passes eine „Beschneidung“ vorlegen müssen, wonach sie vom Arbeitsvermittlungsbüro registriert worden sind.“

Die agrarischen Kimmertöts. Von den Entschindungsarbeiten der 14. Sitzung Deutschlands erheben 191 Großgrundbesitzer ein Viertel gleich 32 Millionen Mark!

Hoover verlangt Rückkehr zur Goldwährung. Die Bedingung für die Kriegsschulden-Verhandlungen.

Washington, 25. Jänner. Präsident Hoover hat heute im Weißen Hause die Erklärung abgegeben, er betrachte eine allgemeine Rückkehr zum Goldstandard als einzige Rettung aus dem gegenwärtigen Degenerationsprozeß der Weltwirtschaft.

In den letzten vier oder fünf Monaten habe sich die Tatsache, daß viele Staaten von der Goldwährung abgegangen seien, in Amerika durch erhöhte Einfuhr billiger Auslandsprodukte fühlbar gemacht. Dieses Dumping schädige die amerikanische Landwirtschaft und den amerikanischen Arbeiter so stark, daß Maßnahmen dagegen getroffen werden müssen. Amerika könnte sich zwar durch erhöhte Zölle schützen, aber das würde nur bedeuten, daß auch die Vereinigten Staaten sich an der wahnwitzigen Jagd der letzten achtzehn Monate beteiligen, innerhalb deren Europa sich ständig mit höheren Zollmauern umgeben hat.

Die Aussprache über die Kriegsschulden hat begonnen.

Washington, 25. Jänner. Staatssekretär Stimson, der bei der Beratung Hoover-Roosevelt damit betraut wurde, noch vor Antritt der Regierung Roosevelt mit den Staaten, die die Devisenrate bezahlt haben, über die Revision ihrer Kriegsschulden zu verhandeln, hat diese Beratungen tatsächlich nicht nur mit Großbritannien, sondern auch mit weiteren vier europäischen Staaten, n. zw. Italien, der Tschechoslowakei, Spanien und Lettland begonnen. Die kumulierten Schulden dieser vier Staaten in Amerika betragen 2.163.805.000 Dollar (etwa 72.294 Millionen Mk.). Mit der britischen Schuld zusammen beträgt die Schuldensumme 6 Milliarden 768.805.000 Dollar (etwa 225,5 Milliarden Mk.). Diesen Schuldensumme ist die Regierung Roosevelt bereit, nach ihrem Antritt im März d. J. zu revidieren. Im März werden, wie bereits gemeldet, die Verhandlungen mit Großbritannien beginnen, nach deren Beendigung werden die Beratungen mit den anderen erwähnten europäischen Staaten beginnen. Roosevelt hofft, daß es durch Herabsetzung der Kriegsschulden möglich sein wird, Begünstigungen für die amerikanische Industrie und Landwirtschaft zu erzielen. Roosevelt hat für die Eröffnung der Verhandlungen über die Schuldenfrage zwei Bedingungen aufgestellt, n. zw. erstens Bezahlung der Devisenrate und zweitens formales Ergehen um Schuldenrevision. Diesen beiden Bedingungen haben nur fünf Länder entsprochen.

Weg mit Kriegsschulden und Reparationen!

Eine klare Rede des britischen Außenministers. Leeds, 24. Jänner. In einer Rede über die Probleme der Kriegsschulden und Reparationen

Der Endkampf um das französische Budget. Heute beginnt die entscheidende Kammerdebatte. Sozialistisch-radikale Einheitsfront?

Paris, 25. Jänner. Die Kammerdebatte über die Finanzvorlagen beginnt morgen vormittags. Bis jetzt sind 30 Redner zur allgemeinen Debatte vorgemeldet. Es ist noch nicht bestimmt, ob die Regierung der Kammer die Vertrauensfrage stellen wird. Nach vielen Stimmen ist der Finanzminister jedoch entschlossen, die Vertrauensfrage nach seiner grundsätzlichen Rundgebung in der Kammer zu stellen. Einige andere aber glauben, daß die Regierung die gescheiterte Kammerstimmung zu umgehen trachtet und hauptsächlich damit rechnet, daß der Senat sich entschieden gegen die Mehrheit in der Kammer stellen wird.

Vertagung der Weltwirtschaftskonferenz. Die Mächtigen haben Zeit.

Genf, 25. Jänner. Der vom Völkerbundrat für die technische Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz eingesetzte Organisationsausschuß, der heute unter dem Vorsitz des englischen Außenministers zusammengetreten war, um das Datum der Weltwirtschaftskonferenz festzusetzen, ist nach mehrstündigen Beratungen zu dem Ergebnis gekommen, vorläufig einen bestimmten Termin für den Beginn der Weltwirtschaftskonferenz nicht anzubereitern. Es wurde ein Vorschlag angenommen, daß das Organisationskomitee innerhalb der nächsten drei Monate noch einmal zusammentreten soll, um das Datum festzusetzen.

Arbeitskonferenz abgeschlossen.

Genf, 25. Jänner. Die internationale Konferenz für die Einführung der 40stündigen Arbeitswoche, die etwa mehr als zwei Wochen gedauert hat, ist heute abgeschlossen worden.

Die Folge sei ein immer weiterer Rückgang des Abzuges und eine allmähliche Erdrosselung des Lebens im Wirtschaftskörper der Welt gewesen.

Rur sofortige Rückkehr zur Goldwährung könne die Welt vom wirtschaftlichen Selbstmord retten.

Die europäischen Schuldnerstaaten, so erklärte der Präsident weiter, hätten zur Zeit Verhandlungen mit Amerika betreffend eine Revision der Kriegsschuldenfrage begonnen. Amerika verlange als Gegenleistung, daß eben diese Staaten durch Stabilisierung der Weltwährung zur Stabilisierung der Weltwirtschaft beitragen. Wenn die europäischen Staaten diese Forderung erfüllen so würden die Preise auf dem Weltmarkt alsbald steigen. Sollten sie sich jedoch dagegen ablehnend verhalten, so würde ein Weltkrieg beginnen, der die ganze Welt ruinieren müsse.

wies Schatzkanzler Chamberlain darauf hin, daß die in Lausanne getroffene Regelung offensichtlich einen nur vorläufigen Charakter trage. Zwei Dinge scheinen, so führte Chamberlain weiter aus, der britischen Regierung von grundsätzlicher Bedeutung zu sein:

1. müße die Regelung, die man treffen, endgültig sein,

2. dürfe sie nicht zu einer Erneuerung des Rückgriffrechtes gegen Deutschland in der Form der Reparationen führen.

Ueber diese habe die Regelung von Lausanne wie offensichtlich, endgültig entschieden. Die Regelung, die man in Lausanne getroffen habe, sei der einzige fühlbare Fortschritt in der an Verwirrungen so reichen Nachkriegszeit in Europa gewesen. Diese Regelung auch nur etwa zu gefährden, hieße alte Wunden wieder aufreißen, und zerstöre auf unabsehbare Zeit jede Aussicht auf eine befriedigende Ordnung aller inneren Fragen, die nicht nur für das Glück und Gedeihen Europas, sondern der ganzen Welt von Bedeutung seien.

Die amerikanischen Kommentare zu der Rede Chamberlains konstataren, daß nach Ansicht gewisser amerikanischer Kreise die Vereinigten Staaten niemals den Zusammenhang der Kriegsschulden und der Reparationen anerkannt haben.

Schuldenzahlung durch amerikanische Anleihe?

„Daily Herald“ bemerkt zur Rede Chamberlains, daß die britische Regierung sich um eine Anleihe in den Vereinigten Staaten bemühen werde, um das Geld für eine einmalige endgültige Pauschalzahlung aufzubringen.

Der Prozeß Guilhaux.

Paris, 25. Jänner. (Fig. Drahtsch.) Vor dem Pariser Kriegsgericht hat am Dienstag der Prozeß gegen den Schriftsteller Guilhaux begonnen, der im Jahre 1919 im Abwesenheitsverfahren wegen angeblicher Begünstigung Deutschlands während des Krieges zum Tode verurteilt worden war.

Guilhaux, der seit den letzten Kriegsjahren in England und in Deutschland gelebt hat, war von Heimweh gepackt im August vorigen Jahres nach Frankreich zurückgekehrt und hatte sich freiwillig den Behörden gestellt. In dem Wiedereröffnungsverfahren haben ihn zahlreiche Zeugen stark belastet, so daß er trotz bestigen Protestes der Liga für Menschenrechte und anderer Hilfsorganisationen unter Anklage gestellt worden ist. Guilhaux wird von dem bekanntesten Rechtsanwalt Frankreichs, dem Abgeordneten Torrès, verteidigt.

Der Verteidiger beantragte im Verlauf des ersten Prozeß-Tages das Verfahren einzustellen, da nach einer Gesetzesbestimmung ein mindestens 3-jähriges Verbrechen der ersten Unterartung eingeleitetes Strafverfahren verjährt ist.

Marx-Feiern

Wir teilen allen Organisationen auf diesem Wege mit, daß die Programmvorläufe und Materialangaben für die Marx-Feiern in den nächsten Tagen sämtlichen Bezirken zugehen. Außerdem erscheinen sie in der „Freundschaft“ (Seberhest).

Zentralstelle f. d. Bildungswesen

„Die Seele ist in Gefahr.“

Unter dieser verlogenen Parole führen die Merikalen, wie wir bereits berichtet haben, ihren Kampf gegen die Dörsche Schulvorlage nun auch in öffentlichen Kundgebungen. Der Staat brauche in der heutigen Zeit die christlichen Tugenden und wenn er sie nicht in der Schule pflanze, schauke er sich selber das Grab. Als besonderen Beweis für die Stichthaltigkeit der Merikalen Theorien werden angeführt die vielen durch das reformierte Ehegesetz zustandekommenen Familienzerwürfnisse, die Verstöße gegen den § 144 und die anarchistische Gefahr, die in Spanien sichtbar ist.

Nun die Staaten, die ihr Heil auf die christlichen Tugenden gesetzt haben, sind nicht weit gekommen. War Dörsche Reich zu wenig Merikal? Ist es nicht vielmehr an seiner Merikalen Rückschrittlichkeit zugrunde gegangen, die den Herrschenden den Blick für die Staatsnotwendigkeiten versperrte? Durch welche Schule sind denn die spanischen Anarchisten gegangen? Durch die freie Schule der Republik? Nein, sie haben die Schule der Merikalen Monarchie, das heißt in den meisten Fällen keine (dies der Merikale Idealzustand) oder eine Jesuitenschule abfolviert. Dort sind sie zu Anarchisten erzogen worden! Und ist der Weltkrieg, hervorgerufen durch die Politiker und Militärs, die in ganz Europa Merikale Schulen gewollt hatten, ein Beweis für die Güte der konfessionellen Erziehung? Koch war ein Jesuitenschüler, die österreichischen Diplomaten waren in Kalksburg oder in Fryburg i. Schw. bei den Jesuiten erzogen worden, die reichsdeutschen und englischen Diplomaten und Militärs waren von Pastoren auf gut religiöse Art verblödet und verblümmet worden, die Russen waren von den Popen erzogen. Das Resultat dieser Erziehung zu christlichen Tugenden sind zwölf Millionen Tote und ein Trümmerhaufen, der sich Europa nennt.

Und wenn die Merikalen glauben, mit dem Kerkerparagrafen 144 die Moral zu heben, so mögen sie einmal die Statistik der falsischen Abtreibungen studieren und sich fragen, ob die christliche Moral davon profitiert, wenn in der Tschechoslowakischen Republik jährlich 350.000 Abtreibungen vorkommen, an denen ohne Zweifel zur Mehrzahl gute Katholiken beteiligt sind. Was ist das überhaupt für eine Moral, die durch die Kerkerdrohung begründet ist, was ist das für eine Moral, die glaubt, daß die Familienzerwürfnisse von den Entscheidungen und nicht vielmehr diese von jenen kommen und die sich einbildet, es sei besser, eine verhöhrte Ehe zu konfirmieren, statt sie menschenwürdig zu lösen.

Genosse Dörsche hat sicher keinen Kulturkampf gewollt. Aber die Merikalen sind sichlich bemüht, die Dörsche Vorlage zum Anlaß zu nehmen, vor aller Welt ihre geistige Rückständigkeit und ihre Kulturfeindschaft zu dokumentieren!

Tagung der tschechischen sozialdemokratischen Studenten. Am 21. und 22. hielten die tschechischen Studenten im Heim der „Arvien“ Vereinigung ihre Verbandsstagnung ab, zu der etwa 30 Delegierte aus sechs Städten erschienen waren. Im Mittelpunkt stand das politische Referat des Genossen R. Jouska (Mladno) über das Thema „Die Notwendigkeit der marxistischen Kritik und die sich daraus ergebende Taktik der sozialistischen Parteien“. Die Debatte, an der sich für die tschechische Partei Genosse Dr. V. Winter beteiligte, dauerte drei Stunden. — Zum neuen Vorsitzenden wurde Genosse Brauer (Mladno) gewählt. Die zur Vertagung gebrochten Resolutionen, und zwar ein Telegramm an die streikenden Rössiger Bergleute, ein Telegramm an die dänischen sozialistischen Studenten, die Troski einen Vortrag halten ließen, eine Resolution gegen die Verfolgung der sozialistischen Studenten in Polen und Südrussland und schließlich eine hochpolitische Entschließung, wurden einstimmig angenommen. Auch wurde beschlossen, in der Partei für eine marxistische Erziehung der Funktionäre einzutreten. Für die nächste Zeit wurde eine gemeinsame Besprechung mit den deutschen sozialistischen Studenten vorgesehen, um die Linien der weiteren Zusammenarbeit auszuarbeiten.

Die notleidende Reichsbahn. In einem Jahresrückblick der Deutschen Reichsbahn für 1932 wird ausgeführt, daß im Berichtsjahre mit einer Gesamteinnahme von 2850 Millionen Mark, gegenüber 3354 Millionen Mark im Jahre 1929, gerechnet wird. Gegenüber 1929 beträgt der voranschlägliche Einnahmehausfall 2500 Mark oder 47 Prozent, gegenüber 1931 rund 1000 Millionen Mark oder 26 Prozent.

Tagesneuigkeiten

Schiff mit 15 Mann gesunken.

Hull, 24. Jänner. Der englische Trawler „Cape Delgado“, der seit dem 15. ds. vermisst wurde, ist, wie jetzt bekannt wird, infolge des stürmischen Wetters gesunken. Die 15köpfige Besatzung gilt als verloren.

Sensationelle Wendung im Prozeß der zu Tode verurteilten sieben Neger.

New York, 24. Jänner. (Fig. Drahtb.) Das Wiederaufnahmeverfahren gegen die zum Tode verurteilten sieben jungen Neger hat eine sensationelle Wendung genommen. Eines der beiden von den sieben Negern angeblich vergewaltigten weißen Mädchen hat seine Belastungsaussage zurückgenommen und für falsch erklärt. Auf Grund dieser belastenden Aussagen waren die Neger wegen Schändung weißer Frauen zum Tode verurteilt worden, obgleich alle Verurteilten ihre Unschuld beteuert haben. Die Vollstreckung des Todesurteils wurde bisher durch den Prozeß der europäischen Kulturwelt und der Arbeiterorganisationen verhindert.

Lawine begräbt zwei Stifahrer.

Klagenfurt, 25. Jänner. Unweit der Klagenfurter Touristenbaude, die sich in der Nähe von Klagenfurt befindet, ereignete sich heute ein Lawinenunglück, das zwei Menschenleben forderte. Die beiden Stifahrer Fritz Magdalena und Otto Niskan wurden auf einem Ausflugszug von einer gewaltigen Lawine überrascht und in große Tiefe gerissen; beim Eintreffen der Rettungsbergpedition waren sie bereits tot.

Sprengschuß zerlegt zwei Bergleute.

Siegen, 25. Jänner. Im Grubenbetrieb der Gewerkschaft Bantenberg gerieten zwei Bergleute beim Bohren auf einen steckengebliebenen Sprengschuß, der explodierte. Einer von ihnen wurde auf der Stelle getötet, der andere erlitt furchtbare Verletzungen.

Explosion in einer Pulverfabrik.

Lüneburg, 25. Jänner. In der Pulverfabrik Wolff & Co. in Bomlitz ereignete sich gestern nachmittags eine schwere Explosion. Eine der dortigen Pulvermühlchen stieg auf. Zwei Arbeiter wurden sofort getötet. Die Detonation war kilometerweit zu hören. Da die einzigen Zeugen der Explosion tot sind und die Anlage — eine von mehreren der durch Erdwalle voneinander getrennten kleinen Magazine — zerstört ist, wird sich die Ursache kaum feststellen lassen.

Herr Chanvin amüsiert sich. Menschen, die in dem tollen Wirbel der Gegenwartskultur ihre kindliche Einfalt bewahren, halten die Verstandigung der Nationen für dringend notwendig. Auch hiezulande sind Kräfte am Werk, die diese Verstandigung wollen; erst vor kurzem sprach der Schulminister über die nationale Duldsamkeit. Aber die Unkultur ist mächtiger; sie triumphiert über die Vernunft, über den Anstand und über die sogenannten Staatsnotwendigkeiten, sie stiftet Unfrieden und freut sich ihrer traurigen Erfolge. Sie begeht Feste, veranstaltet Siegesfeiern, wenn sie wieder einmal Oberwasser bekam und trägt solchertart dazu bei, dem Lande, dem sie ihren Stempel aufdrückt, den entsprechenden Ruf in der Welt zu verschaffen. — Da ist es z. B. gelungen, Stadt und Bezirk Mährisch-Osttau „einprachig“ zu machen. Die Zahl der Deutschen ist dort unter 20 Prozent gesunken und nach unseren famosen Sprachenbestimmungen haben sie darum das Recht verloren, mit den Kemptern der Stadt und des Bezirkes in ihrer Muttersprache zu verkehren. Es ist das primitivste Recht, das da den Angehörigen einer Nation genommen wird, es ist tief beschämend, daß sie es verlieren. Daß eine Nation stolz ist auf einen solchen „Erfolg“ ist leider eine ziemlich alltägliche Erscheinung geworden. Hiezulande werden aber die „Siege“ über die nationalen Minderheiten, wird der Entzug ihrer Rechte auch durch die amtliche Nachrichtenstelle, nämlich durch das tschechische Pressebüro gefeiert, das zu den vorbereiteten Feierlichkeiten aus Anlaß der Einprachigkeit der Stadt und des Bezirkes Mährisch-Osttau nicht weniger als sieben Bildmatern ausgibt und in dem Text, den es unter das Bild des Stadtheaters stellt, ziemlich unbehoblen der Freude Ausdruck gibt, daß in dem Theater, in dem früher nur deutsche Vorstellungen stattfanden, nunmehr nur noch tschechisch gespielt wird. — Das Frohlocken darüber, daß Angehörige einer anderen Nation rechtlos gemacht werden, ist ein Zeichen von kultureller Rückständigkeit, auf die die versöhnungsbereite Minderheit der tschechischen Nation durchaus nicht stolz sein wird.

Feuer zerstört 300 Wohnhütten. In der Bombayer Vorstadt Matunga hat eine Feuersbrunst 300 Hütten zerstört. Etwa 100 Menschen sind obdachlos.

Europa friert.

Wetter-Vorausjage: Andauern starker Fröste.

Das Wetter in unseren Gegenden steht weiterhin unter dem Einfluß des Hochdruckgebietes, dessen Kern heute in der Nähe der Ostsee liegt. Der Zustuß kalter Luft vom Osten bis Nordosten hält infolgedessen noch an. Die Fröste haben sich jedoch gestern gegenüber dem Vortage bereits nirgends wesentlich verschärft. Auf den Bergen ist im Gegenteil weitere Frostmilderung eingetreten. In den Tieflagen sind die Temperaturverhältnisse von der Bewölkung abhängig. Die tiefsten Temperaturen um minus 20 Grad Celsius wurden gestern aus dem Gebiete des Böhmisches-mährischen Hügellandes gemeldet; am wärmsten (minus 6 bis minus 8 Grad Celsius) war es in der Südlowakei bei umgeregtem Himmel.

Temperatur gestern um 8 Uhr in Prag: Minus 12,9 Grad Celsius, das nächtliche Minimum betrug minus 13,7 Grad Celsius.

Wahrscheinliches Wetter heute, Donnerstag: Wechselnd bewölkt bis stellenweise ziemlich heiter, Andauern der starken Fröste.

Berlin: 20 Grad.

Berlin, 25. Jänner. In Berlin wurde heute nachts 18 Grad Celsius unter Null in der Stadt und 20 Grad Celsius unter Null in den Außenbezirken gemessen. Die höchsten Kälteerwartungen werden aus Königsberg i. Pr. mit 28 Grad und aus Stettin mit 25 Grad unter Null gemeldet. Damit sind die Rekordzahlen des denkwürdigen Winters 1928/29 erreicht.

In Warschau: 26 unter Null.

Warschau, 25. Jänner. Aus ganz Polen wird sehr starker Frost gemeldet. In Sumawki wurden 30 Grad, in Warschau 26 Grad unter Null gemessen. Die im ganzen Lande herrschenden Fröste haben in der Nacht auf heute noch an Stärke zugenommen. Die Schneeverwehungen in Ost-Polen dauern an. In Lemberg allein sind 500 Personen damit beschäftigt, den Schnee aus den Straßen der Stadt fortzuräumen.

Einfluß des Wetters auf den — Parlamentarismus.

Bularest, 25. Jänner. (CR.) Starke Schneeverwehungen sind die Ursache von Verkehrseinstellungen auf einer Reihe von Straßen. Zahl-

reiches Recht auf die Erteilung des Religionsunterrichtes und die Seelsorge in ihrer Muttersprache haben... Und da stellt nun der Geistliche die Frage, ob die Tiroler nicht soviel Anspruch auf Rücksicht und Recht haben wie die Wilden in den überseeischen Ländern, auf den entlegenen Inseln des Weltmeeres, in den Steppen Asiens und Afrikas? Das Volk erwartet Schutz vom Oberbirten gegen die unerhörten Eingriffe des sich vergottenden Staates und seiner nationalstolisch überspannten Regierung. Der Papst wird, so meint dazu die „Arbeiter“-Zeitung, die Antwort auf die Frage wohl schuldig bleiben, er wird weiter eingeborene Priester für die Regier und Papua fordern und die deutschen Südtiroler weiter den geistlichen Dandlängern des italienischen Faschismus ausliefern — denn der Verrat an den deutschen Bauern Südtirols war wohl ein Teil des Preises, um den der Papst seinen Frieden mit Mussolini gemacht hat.

Billiger und guter Hausunterricht. Die Masaryk-Volkserziehungs-Anstalt in Prag XII, Hochova 62, veranstaltet schriftliche Kurse unter der Devise „Hausunterricht“. Auf diese Art und Weise kann man zu Hause Sprachen, Handels- und andere Fachgegenstände zum Preise von 10 Kč erlernen. Bereits 50.000 Teilnehmer haben in der Tschechoslowakei derart Unterricht genossen. Bei Vorlegung eines Nachweises der Arbeitslosigkeit kann man sich auch unter günstigeren Bedingungen an diesen Kursen beteiligen.

Was für die Regier Recht ist... In der Salzburger „Katholischen Kirchenzeitung“ führt ein Südtiroler Geistlicher Klage über die Minderwirkung der kirchlichen Oberbehörden an dem schändlichen Entnationalisierungswert, das der Faschismus an den deutschen Südtirolern verbricht. Er erinnert daran, daß der Papst „unausgesetzt für Missionsländer die Heranbildung eingeborener Priester für die Missionarbeit und die Seelsorge unter den Völkern“ verlangt und ausdrücklich erklärt hat, daß die Gläubigen ein natürliches und übernatür-

liches Recht auf die Erteilung des Religionsunterrichtes und die Seelsorge in ihrer Muttersprache haben... Und da stellt nun der Geistliche die Frage, ob die Tiroler nicht soviel Anspruch auf Rücksicht und Recht haben wie die Wilden in den überseeischen Ländern, auf den entlegenen Inseln des Weltmeeres, in den Steppen Asiens und Afrikas? Das Volk erwartet Schutz vom Oberbirten gegen die unerhörten Eingriffe des sich vergottenden Staates und seiner nationalstolisch überspannten Regierung. Der Papst wird, so meint dazu die „Arbeiter“-Zeitung, die Antwort auf die Frage wohl schuldig bleiben, er wird weiter eingeborene Priester für die Regier und Papua fordern und die deutschen Südtiroler weiter den geistlichen Dandlängern des italienischen Faschismus ausliefern — denn der Verrat an den deutschen Bauern Südtirols war wohl ein Teil des Preises, um den der Papst seinen Frieden mit Mussolini gemacht hat.

Auf der schönen „blauen“ Donau.

Wien, 25. Jänner. (M.) Die grimmige Kälte und die großen Schneemassen, die in vielen Gegenden des Landes über zwei Meter hoch liegen, haben zahlreiche Verkehrsstörungen zur Folge. Eine große Reihe von Orten ist von jedem Verkehr abgeschnitten, weil Straßen und Wege unpassierbar geworden sind. Die Oberösterreichische Kraftwagenverkehrs-A.G., deren Fahrweg ganz Oberösterreich umspannt, mußte insbesondere im Röhrlwiertel eine Reihe von Linien einstellen. Die Donau führt zwischen Racheleutwe und Hausbach Paaleis und unterhalb von Hausbach ist oberhalb der Elisabethener Brücke ein Eisstoß.

Die Grippe.

Köln, 25. Jänner. Die Erkrankungen an Grippe in den Schulen der Stadt Köln haben derart zugenommen, daß vorzüglich sämtliche Schulen und Kindergärten vom 25. bis einschließlich 31. Jänner geschlossen worden sind.

Stilllegung der Rheinschiffahrt.

Köln, 25. Jänner. Wie der städtische Pressedienst meldet, muß damit gerechnet werden, daß im Laufe des heutigen Tages oder morgen die Rheinschiffahrt wegen des zunehmenden Treibeises völlig stillgelegt wird.

„Kälte“ auch in Indien.

Bombay, 25. Jänner. (Reuter.) In der Stadt und Provinz Bombay herrscht zur Zeit eine ungewöhnlich niedrige Temperatur. Heute wurden in der Stadt 55 Grad Fahrenheit (plus 13 Grad Celsius) gemessen. Anmerkung der Redaktion: Da in Indien der Temperaturdurchschnitt im Jänner plus 23 Grad Celsius beträgt, bedeutet die oben verzeichnete Temperatur einen außerordentlichen Temperaturrückgang für die dortigen klimatischen Verhältnisse.)

Falsche 50-Schilling-Noten. Der Volkseidirection in Wien wurde bekannt, daß bei einem hiesigen Geschäftsmann auf der Landstraße ein großes Banknotendeponat hinterlegt worden sei. Da Anzeichen der Unechtheit der Banknoten vorhanden waren, hielt die Polizei Nachschau und konstatierte, daß es sich um 10 Pakete zu je 100 Notizen à 50 Schilling gefälschter Banknoten handelt. Die falschen Banknoten wurden beschlagnahmt. Nach dem Gutachten der Nationalbank ist die Fälschung als ziemlich gelungen zu bezeichnen. Der Herstellungsart der Fälschung sowie die Personen sind bisher noch unbekannt, doch wurden zwei Personen in Verwahrungshaft genommen, die dem erwähnten Geschäftsmann die Banknoten ins Depot gebracht hatten. Die Fälschungen sind im Wege des Druckes auf Platten unter Verwendung des photomechanischen Weges hergestellt. Nach dem Stand der Untersuchung nimmt man an, daß die gefälschten Banknoten bisher noch nicht in Verkehr gebracht worden sind. Die Nachforschungen werden fortgesetzt.

Wieder Raubüberfall auf Postbeamte. In der Nacht zum Mittwoch wurde auf dem Bahnhof in Eidenburg von zwei maskierten und mit Pistolen bewaffneten Männern ein Raubüberfall auf zwei Postbeamte verübt. Die Täter schossen einen der Beamten nieder und hielten den anderen mit der Waffe in Schach. Sie raubten eine etwa 20 kg schwere Kiste, in der 8200 Reichsmark in Scheinen und Silbergeld enthalten waren. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Auswanderung aus Oesterreich. Während des Jahres 1932 sind rund tausend österreichische Arbeiter und Ingenieure nach der Sowjetunion ausgewandert. Sonst war eine Auswanderung in geringem Ausmaße nach Persien zu beobachten.

Vom Rundfunk

Arbeitsmarkt-Berichte in der Prager deutschen Arbeiterzeitung.

Gelegentlich der gestrigen deutschen Arbeiterzeitung im Prager Rundfunk wurde mit einer Renewung begonnen, die zweifellos als notwendige Bereicherung empfunden und begrüßt werden wird: es werden nun in dieser Zeitung regelmäßig, so wie es gestern bereits zum ersten Mal geschah, Arbeitsmarkt-Berichte auf der Grundlage der Mitteilungen ausgegeben werden, die der Programmleitung von der Landeszentrale für Arbeitsvermittlung für Nordböhmen in Reichenberg zur Verfügung gestellt werden. Sowohl die allgemeinen Mitteilungen, die auf diesem Wege an die Radiohörererschaft ausgegeben werden, als auch die besondere Meldung freier Arbeitsstellen haben gerade in unserer Krisenzeit erhöhte Bedeutung.

Empfehlenswertes aus den Programmen.

- Prag: 6.15: Gymnasial. 11: Schulplatten. 17: Konzert. 18.25: Deutsche Sendung: Dr. Seiner: Steuerfragen. — Brünn: 16.10: Orchesterkonzert. 18.25: Deutsche Sendung: Prof. Jekandorf: Aktuelles aus dem Sportleben. 19.20: Die Teufelsfische, Oper von Dvořak. — Berlin: 16.25: Nordische Ruff. 19.10: Chorgesänge. — Röhlfelder: 20: Mandolinenzug. — Königsberg: 20: Orchesterkonzert. — Leipzig: 19.30: Blasorchester. 22.30: Saute Stunde. — München: 19.05: Die Geschwister. — Wien: 17.40: Ruffier deutsche Chorgesänge. 21.30: Tönendes Papier. 22.15: Tanzmusik.

wo gegenwärtig für den Bau von Bahnen aus Oesterreich Mineure und Tunnelarbeiter benötigt werden. Nach allen anderen Staaten ist die Auswanderung aus Oesterreich fast vollständig zum Stillstand gekommen.

Was Herriot in Polen studieren will. Meldungen aus Warschau zufolge wird demnächst die Ankunft Herriot in Polen erwartet. Der ehemalige Ministerpräsident Frankreichs trägt sich mit der Absicht, in Warschau seine Chopin-Studien zu ergänzen. Außerdem will er sich über den Stand der Wirtschaftskrise in Polen informieren.

Ein neuer Raubmord eines SA-Mannes in Köln geht seiner Aufklärung entgegen. Vor einigen Wochen wurde dort ein Geldbriefträger und eine Frau ermordet. Unter dem Verdacht der Verbrechen ist am Dienstag der Kette der Toten ein 22-jähriger SA-Mann verhaftet worden, der in voller Nazi-Uniform der Verbringung der ermordeten Tante beigezogen hat. Der Verhaftete hat im vergangenen Jahr dreieinhalbtausend Mark unterschlagen und verjubelt.

Zugunfall am Bahnhof. In der Nähe des Tschingel-Güterbahnhofes (Korridor) fuhr am Dienstag ein aus Promberg kommender Kohlenzug mit voller Kraft auf einen Güterzug, der auf dem gleichen Geleise stand. Von dem Kohlenzug wurden sieben, von dem Güterzug drei Waggons zertrümmert. Der Bremser des Güterzuges wurde auf der Stelle getötet, ein Schaffner schwer verletzt. Der Schaden ist bedeutend. — In einem schmerzhaften Bodübergang bei Schwert wurde Dienstag nachmittags von einem Treibwagenzug der Reichsbahn ein Lieferzug erfasst und zertrümmert. Einer der beiden Autofahrer, der Kaufmann Egon Lange, ist einen Verletzungen erlegen. Ein zweiter Anfall wurde aber nicht lebensgefährlich verletzt.

Das alte Persepolis ausgegraben. Der Korrespondent der „Morning Post“ in Schiras (Persien) meldet: Nach zweijährigen Ausgrabungen ist es der deutschen Expedition unter Dr. Herzfeld gelungen, die alten Paläste, Säulenhallen, Tempel und Wohnhäuser des alten Persepolis vollständig freizulegen und damit die Pracht und den Glanz der alten Zivilisation der Zeiten von Xerxes, Artaxerxes und Darius an den Tag zu bringen. Die Gebäude waren von Feuer und dem Großen bei seinem Eroberungszug niedergebrannt worden, aber die Zeichnungen sind noch vorhanden und geben der Altertumsforscher druckvolle Aufschlüsse.

Wahrung an den Unentschlossenen.

Du möchtest nicht träumen? Möchtest dich nicht in Schnulch verzehren? Möchtest hart sein und kalt von gebrotenen Tauben zu schwärmen, die dreieckige Welt von unten zu oberst verlernen? Du möchtest nicht im Dämmer in träger Ruhe sitzen? Möchtest die Arme recken und in die Welt hinaus schreien? Möchtest den Himmel entsternen? Möchtest die Erde schüren? Aber du träumst doch in müd-kumpfer, schlaftrager Ruhe. In deinem traumunklen Hindeln höre du! Wachte! Befrei' dich aus deinen Träumen! Sieh nicht in Dunkel! Schlag zu! Wenn du erst einmal des Auges Wigen, Kraft der Arme empfinden, dann wird da, Kranke, im Helle des Tages gelanden. Hans von Heise.

Den Gebärenden nicht helfen! Verlangt eine Nazi-Krankenschwester.

„Deutsche Frau, hüte dich vor jüdischen Kerzen!“ ruft die Krankenschwester M. St. den Besucherinnen der „Nazi-Frauenwart“ zu (Heft 10, Jahrgang 1932). Dreißig Jahre ist sie in Deutschland und den ehemals deutschen Kolonien im gynäkologischen Operationsaal gestanden. Und weil so viele Frauenärzte und Geburtshelfer Juden sind, mußte sie den Gebächten Helfersdienste leisten. Was haben sie denn verbrochen, diese „fremdrassigen“ Kerzen? Man höre:

Er (der Jude) ist es, der immer wieder den Frauen vorredet, sie müßten sich schmerzlos entbinden lassen, er empfiehlt die Klaspfe bei der Geburt, die vorzeitige Beendigung durch künstlichen Eingriff.

Die schlappen Frauen sind diesen Menschen „von Herzen dankbar und empfehlen den wirklich mitleidigen Arzt noch weiter“. Die braune Krankenschwester hat ein ganz anderes Idealbild eines Arztes. Und schildert es so:

Der Regierungsarzt, ein sehr tüchtiger Geburtshelfer, leitete die Entbindungsanstalt. Er stand auf dem Standpunkt, daß man nach Rücksicht der Natur freien Lauf lassen müsse, und so kamen wir fast ohne gewaltsame Eingriffe und Betäubungsmittel aus.

Das heißt mit anderen Worten oft tagelange, tödliche Pein, das heißt kreischendes Schreien und wirrende Angst. Jetzt aber wissen die deutschen Frauen: wer ihnen Schmerzen bei der Geburt ersparen will, wer hilfsbereit an ihrem Bett wartet, ob nicht im rechten Augenblick und ohne den natürlichen Vorgang der Wehen zu beeinflussen ein Schleier des Vergessens über die körperliche Qual der Mutter gedreht werden könnte, der ist in den Augen der braunen Krankenschwester ein Rassenverächter. Denn

stolz darauf zu sein, daß sie die ihr von der Natur vorgeschriebenen Funktionen als Weiblich richtig und gesunde Frau erfüllen konnte, will die eine die andere an Minderwertigkeit übertraffen.

Also: niemand soll die Schmerzen der deutschen Frau lindern, wenn sie gebiert. Warum? Hitler, ihr Führer, gibt darauf die Antwort: Deutschland verliert jährlich 300.000 bis 400.000 Menschen. Würde Deutschland jährlich eine Million Kinder bekommen und 700.000 bis 800.000 der schwächsten beseitigen, so würde am Ende das Ergebnis sogar eine Kräftevermehrung sein.“

So beurteilt der Nationalsozialismus die deutsche Frau, im Schmerz soll sie ohne Hilfe, ohne Linderung „eine Million Kinder gebären, damit drei Viertel von ihnen „beseitigt“ werden! So schämen und ehren die Nazi die deutsche Mutter.

Die beiden Säugeln.

Von Alfons Begold.

In ihrer strahlenden Nüchternheit lag die Sonne im blauen Samt des Himmels.

Ich arbeitslos hand von einem Menschen trübte mich mein Arbeitslossein.

Ich war auf einem Neubau als Tagelöhner beschäftigt, wo es nichts als herumende Raif und Kackelstaud, rohe und g-melne Worte gab.

Überwiegend, von dem elgig heruntergeplante Mittagsrast kommend, schürfte ich über das Pflaster, schon so müde von der Last des halben Arbeitstages, vor Elcl und Angst vor den sechs Stunden Korrenziden, die ihm noch folgten, bis die Glocke in der Bauhütte heiserend dünnelte. Wie durch ein Tunnel voll Rauch und Gestank ging ich nicht das Grün der Gärten, die Geschäftsauslagen mit den schönen Dingen, frisch und lockend lagen mit den schönen Dingen, frisch und lockend Mädchen, Männer voll Würde, Kraft und Mut.

Nur alles Schmutzige, Zerretene, Lasterhafte Gemeine der Großstadt, ihre elternde Rot, ihr schelmiger Haß gegen uns arme trat grauß bildhaft in mein Bewußtsein. Ich sah den Grund, die Lust, der tagsüber sich selbst überlassenen Gassenjüngel, die verdorbenen Geschwüre ihrer oder sich vorbereitender Dürren, die schwächliche Lumpenleidende der Bettler. Ich erblickte Arbeitslose, die vor Hunger beim Gehen einnickten wie Geheute, schwangere Frauen, ausgemergelte Greise, in deren im Licht erhellten Augen meine Zukunft zu lesen war. Ich erblickte verkauften Bettstrod, Argenslager unter Händlern und in Kanalröhren Dandgeschwast, arme Weiber und in Kanalröhren Dandgeschwast, arme Weiber und in Kanalröhren Dandgeschwast, arme Weiber und in Kanalröhren Dandgeschwast.

„Du Saton! Du bölllicher Sanner!“ Ich hörte es über das wahnwitzige Lachen der Großstadt hin und meinte, alles müsse auf einmal in Schweben stehen und nur der Schrei meiner Seele wäre vernnehmbar.

Aber der Mann konnte auch über sich lachen über sein Elend, über seinen Jammer, hier in dieser verdammten Welt leben zu müssen, nachdem er die Nacht vorher viele Tage gewinkt hatte.

„Schämst du dich meine Pfide von keinem Gesicht weg, bleiben an einem anderen Heiler hoch in der Stummensnähe dasten. Hinter dünnen Schuppen aus P'ebelmen gutschend lehnte ein kleines Mädchen. Auch es lachte und griff dabei mit

den Händchen hinaus in die goldene Luft des Sommers...

Da spürte ich es plötzlich wie Wolk um mich wehen, We'endut! Ich weichte mich an mich heran, Wasser aus fihernen Quellen kühlte Wunde um Wunde, Sonne hatte auf einmal eine so tolle, gültige Hand und die Menschen waren so rein von jeglicher Sorge und Schmay...

Gajda in Haft.

Der Roman eines Abenteurers.

Von Paul Diner-Dones.

Der ehemalige Generalstabchef der tschechoslowakischen Armee, Rudolf Gajda, ist wegen des mißglückten Bräuner Kofscheputschs verhaftet worden.

Die Karriere des größten Abenteurers der Tschechoslowakei, des ehemaligen Generalstabchefs Rudolf Gajda, sein phantastischer Aufstieg und Abstieg, gleicht einem Hintertreppennoman der Wirklichkeit.

Vom Drogistengehilfen zum Militärarzt. Gajdas Laufbahn — vor dem Kriege dachte er noch nicht an Karriere — begann als kleiner Drogistengehilfe. Zu jener Zeit hieß er noch Goldl.

Bei Ausbruch des Krieges diente der Drogist Rudolf Goldl bei einem österreichischen Bataillon in der Herzegovina. Er diente als Feldapotheker-Gehilfe und wurde Ende 1914 zum Unteroffizier befördert. Der Dienst in der österreichisch-ungarischen Armee paßte ihm aber nicht, und so desertierte er im Jahre 1915 zu den Montenegrinern.

Bei den Truppen der Schwarzen Berge war er jedoch schon nicht mehr Apothekergehilfe, sondern beförderte sich ganz eigenmächtig zum Militärarzt. Diese „Beförderung“ war die erste Etappe seiner Karriere.

Als dann die serbisch-montenegrinische Front zusammenbrach, flüchtete er auf einem italienischen Dampfer nach Odeffa. Nun begann seine große militärische Laufbahn.

Die tschechische Legion. In Rußland trat er in die tschechische Legion ein, aber nicht als Unteroffizier, sondern als Offizier, eine Rongehöbung, die er wieder ganz eigenmächtig vorgenommen hatte. Als Offizier nahm Gajda an dem Kampf der „tschechischen Brigade“, die im Verbands des 40. russischen Armeekorps kämpfte, an der

„Schlacht von Zborow“ (einem Ort in Ostgalizien) teil.

Diese Schlacht wird allgemein als die Geburtsstunde der tschechoslowakischen Armee bezeichnet. Es trat nämlich dort zum erstenmal eine größere militärische Einheit der Tschechen, in Stärke von 1900 Mann, selbständig auf.

Die „Schlacht“ kam folgendermaßen in Gang: ein deutscher, nach einer andern Version ein ungarischer Gefangenentransport, sollte in die Heimat befördert werden. Auf der Bahnstation Tscheljabinsk wurde angeblich auf die dort herumspazierenden Tschechen ein Stück Eisen geworfen, durch das ein tschechischer Legionär am Kopfe schwer verletzt worden sei. Die Tschechen zwangen nun den Zug zum Halten, holten den Täter heraus und lynchten ihn an Ort und Stelle.

Nun ließ der Kommandant einige tschechische Legionäre verhaften. Die Tschechen verlangten ihre Freilassung, und machten Anstalten, als die Sowjetmachtüber sich hierzu nicht einschließen konnten, ihre Kameraden mit Gewalt zu befreien. Die Hauptleute Rodler und Kadosa Gajda (früher Rudolf Goldl) besetzten Tscheljabinsk, befreiten die Gefangenen und erbeuteten von den Sowjets 2800 Gewehre und eine Batterie. Nun beschloffen sie, auf eigene Faust, den Weg über Wladiwostok nach Frankreich zu nehmen, wo sie an Frankreichs Seite gegen Deutschland kämpfen wollten.

Gajda, der mittlerweile Kommandant der tschechischen Division geworden war, bot jedoch dem Admiral Kofschal seine Dienste an, der sein Anerkennen dankbar annahm.

Die historische Uniform. Der russische Generalleutnant Zolharow, ein Mitkämpfer Kofschals, schildert Gajda als eine Art Judas des Generals Kofschal. Der Tscheche verstand ihn darauf zu umgarnen, daß ihn der General zu seinem Nachfolger empfahl.

Klub der Selbstmörderinnen.

Eine geheimnisvolle Pariser Kriminalaffäre.

Paris, Mitte Jänner. (Eig. Ber.) Seit einigen Monaten grassiert in Paris eine mysteriöse Selbstmörderepidemie. Ihre Opfer sind stets hübsche, elegante, junge Damen aus dem Kreis der „oberen Jehulauend“. Aber bei keinem der seltsamen Selbstmordfälle konnte der Grund der Tat erforscht werden.

Die russische Tängerin. Kürzlich wurde die 17jährige russische Tängerin Tanka Lova in der Garderobe des Theaters, in dem sie auftrat, tot aufgefunden. Die begabte Künstlerin war beim Publikum sehr beliebt gewesen und hatte eine ihrem Ruhme entsprechende hohe Höhe. Die Obduktion der Leiche ergab als Todesursache: übermäßigen Genuß von Opium. Die polizeilich vernommene Garderobiere gab zu, daß die Tängerin vor jedem Auftreten „etwas“ zu sich genommen hatte, um ihre Stimmung zu heben und ihre Arbeitskraft zu steigern. Die Polizei verfolgte einige Spuren, die zur Ermittlung der Giftlieferanten führen sollten. Vergebens!

Das Reporterstück eines jungen Pariser Journalisten führte jedoch zur Aufklärung. Der Journalist wurde auf einem seiner Streifzüge zufällig Zeuge, als sich eine elegante Dame in selbstmörderischer Absicht in die Seine stürzte. Er sprang ihr nach und rettete sie. Bald erkannte er in ihr

Wunde, Sonne hatte auf einmal eine so tolle, gültige Hand und die Menschen waren so rein von jeglicher Sorge und Schmay... Und langsam ging ich ruhig, gelassen, ohne Haß, Angst und Vredensüberdruß an meine Arbeit.

Fejtalender 1933:

März bis Mai

Karl Marx-Gedenkfeier.

14. März — 50. Todestag.

März Frauentag.

1. Mai.

18. Juni Kindertag.

Mittel schon jetzt zu diesen proletarischen Feiern!

Die Liste des Todes.

Das erste Opfer des Klubs der Selbstmörderinnen wurde seine Gründerin: Marie Deltion. Ihr folgte nach kurzer Zeit — unter besonders tragischen Umständen — Marcelle Roummée. Sie wollte sich mit Petronal vergiften, wurde aber überrascht. Die Künftlerin wurde in ein Spital gebracht; es bestand Hoffnung, sie zu retten. Aber kaum war sie wieder zur Besinnung gekommen, ließ sie in der Morgen-dämmerung auf und davon und stürzte sich vor den Augen einer Blumenverkäuferin in die Seine. Das nächste Opfer war der auch in Deutschland bekannte Revuestar Janny Goldet. Ihr folgten die junge, talentvolle Novellistin Charmoise, die Baronin Reville von der Comédie Française, die Sängerin Marcelle Fornée, die Fliegerin Jeanne Rogelles und die bekannte Schönheitskönigin Ninon Fleura.

Nach dem Bericht der getrennten Pianistin sind alle die genannten Frauen ein Opfer des Rauschgifts geworden. Sie alle haben ihren Freitod bewußt herbeigeführt. Die Pariser Polizei bemüht sich nach Kräften, die schauerliche Affäre aufzuklären, den Klub aufzulösen und seine Wiederauferstehung unmöglich zu machen.

Streit zwischen Kofschal und Gajda. Das Einvernehmen zwischen Kofschal und Gajda dauerte jedoch nicht lange. Bald kam es zu heftigen Auseinandersetzungen; denn Kofschal warf nach der mißglückten Tschechen militärische Ahnungslosigkeit vor und wollte ihn sogar verhaften lassen.

Nach dem Aufstand von Wladiwostok kehrte dann Gajda nach der Tschechoslowakei zurück.

Auf der französischen Kriegsschule. In Prag empfing ihn der damalige Chef der französischen Militärmission, General Pellé. Dieser unterwarf Gajda einer regelrechten Prüfung, die der ehemalige Drogist natürlich nicht bestand. Der General sagte zu ihm: „Diese Fragen, die Sie nicht beantworten können, pflege ich in Frankreich bei der Prüfung der Reserveoffiziere vorzulegen; es wird gut sein, wenn Sie sich auf einige Zeit zum Studium nach Frankreich begeben!“

Generalsstabchef. Gajda besuchte darauf einige Monate die französische Kriegsschule, lehrte bald heim und übernahm das Divisionskommando in Kaschan. Sein Abenteuerlust ließ ihn aber nicht ruhen und so mobilisierte er anfänglich eines Grenzwehrensatzes mit Ungarn ganz einfach seine Division, um gegen Ungarn zu ziehen. Trotzdem machten ihn seine Prager Protektoren zum stellvertretenden Generalsstabchef und schließlich zum Generalsstabchef der tschechoslowakischen Armee.

Inzwischen wurden jedoch bald Gajdas frühere Verbindungen zu den Sowjets aufgedeckt, ein militärischer Untersuchungsausschuß eingesetzt und der Spruch auf Gajdas Degradierung zum Gemeinen gefällt. Die Generalspension wurde ihm allerdings mit kleinen Abstrichen belassen.

Sträfling Gajda. Bald warf sich Gajda der Politik in die Arme und organisierte eine faschistische Partei. Es folgte ein kurzer Aufstieg, als Gajda zusammen mit Etsbray und Dr. Bergler zum Abgeordneten gewählt wurde.

Da überfiel ein Trupp Faschisten den Kriegsministerialrat Dr. Borel. Das Gericht stellte fest, daß die Attentäter von Gajda für 160 K angeklagt waren. Daraus wurde der ehemalige Generalsstabchef zu zwei Monaten Kerker verurteilt. Auch seine Generalspension wurde ihm gestrichen. Einige Jahre blieb es dann ruhig um Gajda, bis ihn jetzt der mißglückte Putsch hinter schwedische Gardinen brachte.

Vom Unglück nicht gebeugt

In den „Rubdenbrook“ von Thomas Mann gibt es eine Stelle, wo Clotilde in einem Buche liest, das den seltsamen Titel trägt: „Blind, taub, stumm — und dennoch glücklich.“ Ja, wenn man noch dem Glück fragt und was es ist, und das Glück in der Tätigkeit des Menschen findet, so gibt es tatsächlich solche Wunder der Energie, dieses Schaffens, die auch den von der Natur denkbar unglücklich ausgestatteten Menschen zum Glück verhelfen.

Es ist das Wunder, das der Kunsthistoriker Jafari, der erste dieser wissenschaftlichen Jautder und das Leben von Künstlern bestritten hat, in den Auspruch über Raffael hineinlegte: „Raffael wäre auch ohne Hände ein großer Maler geworden.“ Es ist eine innere Formkraft, die zur Gestaltung drängt, und die sich Mittel zum Behalten irgendwie zu finden und zu schaffen weiß. Die haben wir diesen österreichischen Landsmann bewundert, der, ohne Hände zur Welt gekommen, es durch rastloses Arbeiten an sich selbst zuwege brachte, mittels seiner Füße alles das, ja und auch weit mehr noch zu leisten, als der gewöhnliche Mensch mit seiner Hände Werk zu leisten vermöchte. Er klebete sich an, er aß, er schrieb, ja er spielte sogar verschiedene Instrumente, alles ohne Hände. Er war sogar ein „Maler ohne Hände“. In ihm war so das Wirkliche geworden. — allerdings mehr in dem Sinne handwerksmäßiger Fertigkeit, was von der Fähigkeit Raffael's oben gesagt war.

Dies „Maken ohne Hände“ ist gerade von solchen besonders energiegelassen Menschen zu einer Wissenschaft gemacht worden, die gelehrt und gelernt werden kann. Dieser von Natur Unglückliche hat nach dem Kriege den Opfern des Krieges in einer Berliner Zentralstelle viele von den Fertigkeiten beibringen können, die er sich mühevoll in seinem Leben angeeignet hatte. Er bot für die Schwerkranken das Geleitete, was das Wiener Prälum Paradies vor einem Jahrhundert für viele völlig Blinde geleistet hat als sie Werkzeuge, Schreibtafeln mit einem Braillesystem und mit Braille später die Blindenschrift zu einem System ausbildete.

Die Aufopferung liegt bei dem Lehrer Jolker, „von Natur Unglücklichen“ in eben dem Maße, wie bei den Lernenden. Mich Helen Keller, die als Töngling blind und taub wurde, ist wohl die außerordentlichste Erleuchtung, die die Erziehungsgeschichte der Menschheit zu verzeichnen hat. Hochgelehrt, mit dem Doktorgrad ausgezeichnet, Verfasserin mehrerer wissenschaftlicher Bücher: so stellt sie wohl den höchsten Grad der Vernenden und danach der Lehrenden dar, den man sich unter den unerhörten Umständen ihres Lebens, eines Menschenlebens, denken könnte. Eine „Malerin ohne Hände“, eine blinde Seherin. Eine, die „Unerschrocken zu hören vermag“ und deren ganze Welt einschließt ist durch den Reiz unerhört feinfühler Fingerzipsen. So ist sie „Malerin ohne Hände“ gerade mit diesen wunderbaren Händen, die eine Welt und ihr Willen kennen gelernt haben und kennen lehren für Menschen, die die Natur ebenso stiefmütterlich bedachte.

Die russische Tängerin.

Kürzlich wurde die 17jährige russische Tängerin Tanka Lova in der Garderobe des Theaters, in dem sie auftrat, tot aufgefunden. Die begabte Künstlerin war beim Publikum sehr beliebt gewesen und hatte eine ihrem Ruhme entsprechende hohe Höhe. Die Obduktion der Leiche ergab als Todesursache: übermäßigen Genuß von Opium. Die polizeilich vernommene Garderobiere gab zu, daß die Tängerin vor jedem Auftreten „etwas“ zu sich genommen hatte, um ihre Stimmung zu heben und ihre Arbeitskraft zu steigern. Die Polizei verfolgte einige Spuren, die zur Ermittlung der Giftlieferanten führen sollten. Vergebens!

Das Reporterstück eines jungen Pariser Journalisten.

Das Reporterstück eines jungen Pariser Journalisten führte jedoch zur Aufklärung. Der Journalist wurde auf einem seiner Streifzüge zufällig Zeuge, als sich eine elegante Dame in selbstmörderischer Absicht in die Seine stürzte. Er sprang ihr nach und rettete sie. Bald erkannte er in ihr

